



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 1 · Januar 2001 · 56. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Berufspendler in Hessen

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1999

Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen.

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Hessischer Zahlenspiegel

Hessischer Umwelt-Monitor



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Erwerbstätigkeit	
Berufspendler in Hessen. Von <i>Wolfgang Emmel</i>	2
Verarbeitendes Gewerbe	
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1999. Von <i>Peter Kammerer</i>	7
Haushalte	
Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	11
Löhne und Gehälter	
Nur geringer Verdienstanstieg bei Gesellen und Arbeitern im Handwerk. Von <i>Theo Hefner</i>	18
Gerhard-Fürst-Preis 2001 des Statistischen Bundesamtes - Auslobung	19
Ganz kurz . . .	20
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung	21
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	22
Arbeitsmarkt	22
Landwirtschaft	23
Verarbeitendes Gewerbe	23
Öffentliche Energieversorgung	23
Baugewerbe, Baugenehmigungen	24
Einzelhandel und Gastgewerbe	24
Außenhandel	25
Fremdenverkehr, Verkehr	25
Geld und Kredit	26
Preise	26
Steuern	27
Löhne und Gehälter	27
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4
Hessischer Umwelt-Monitor (1/01)	grüner Teil

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2001
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 75,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

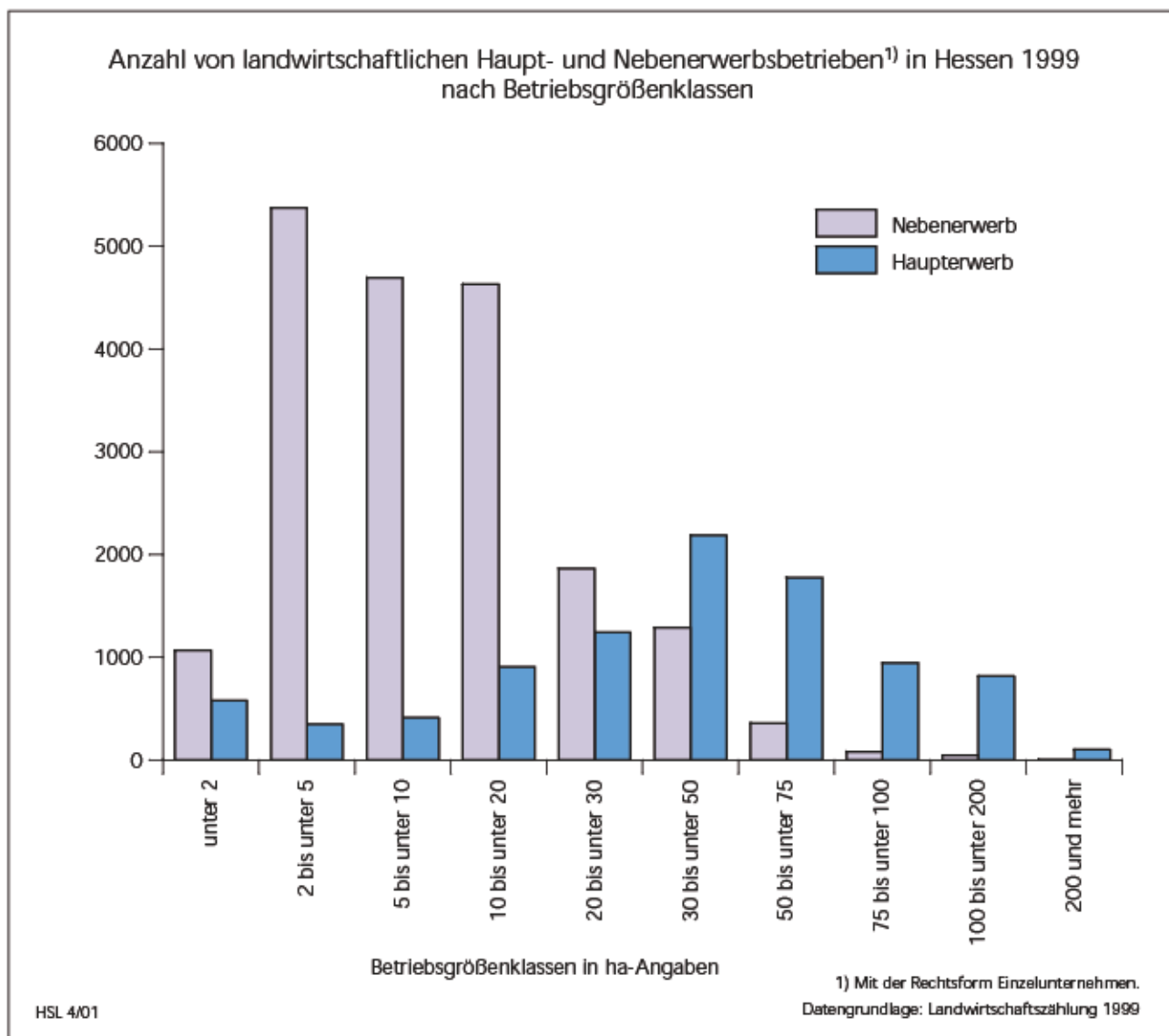
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
· = Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsdaten die Ausgangszahlen kleiner als 100 ist
. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Berufspendler in Hessen

Für die Struktur- und Regionalpolitik sind Daten über Pendler von grundlegender Bedeutung. Durch den mittlerweile hohen Motorisierungsgrad und der damit verbundenen hohen Mobilität liegen in weiten Teilen Deutschlands großräumige Strukturen vor. Diese Mobilität, oft bedingt durch eine Verknappung und Verteuerung von Wohnbauland, das räumliche Auseinanderklaffen von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage sowie einem von Strukturveränderungen erzwungenen Arbeitsplatzwechsel, führt zunehmend zu großen räumlichen Entfernungen zwischen Arbeits- und Wohnort. Die Analyse von Pendlerdaten ermöglicht zum einen Rückschlüsse auf die Bedeutung einer Stadt als Arbeits- und Wohnort. Sie liefert auch die notwendigen Grundlagen, um eine gestaltende Verkehrspolitik zu betreiben, die zunehmend wichtiger wird.

Bisher lagen keine aktuellen, regional tief gegliederten Pendlerdaten vor. Letztmalig wurden im Rahmen der Volkszählung 1987 (VZ 87) umfassende Angaben über die Pendler erhoben. Diese Daten sind inzwischen veraltet und stellen das heutige Pendlerverhalten nicht mehr ausreichend dar.

Aktuellere Daten liefert die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer¹⁾. Diese enthält neben Angaben zum Arbeitsort der Arbeitnehmer seit 1996 auch den Nachweis des Wohnortes, sodass nun ermittelt werden kann, ob die Beschäftigten in ihrem Wohnort ihre Arbeitsstelle haben oder ob sie in eine andere Gemeinde pendeln, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Zu dem sozialversicherungspflichtigen Personenkreis gehören Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Nicht erfasst werden Beamte, Richter, Soldaten, Selbstständige einschl. der mithelfenden Familienangehörigen, geringfügig Beschäftigte sowie Schüler und Studenten. Dies bedeutet, dass insbesondere in den Regionen, wo überdurchschnittlich viele Beschäftigte ohne Sozialversicherung vertreten sind, von einer Untererfassung der Pendler auszugehen ist. Die Beschäftigtenstatistik ist aber zurzeit die einzige Datenquelle für regionale Pendleruntersuchungen. Ihr Vorteil liegt in ihrer Kontinuität und Zeitnähe. Im Folgenden wurden die neuesten derzeit vorliegenden Stichtagswerte zum 31. Dezember 1999 ausgewertet.

Mehr als ein Drittel waren „innergemeindliche“ Pendler

Rund 775 000 der 2,15 Mill. in Hessen zum Jahresende 1999 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer hatten ihren Arbeitsplatz an ihrem Wohnort. Vergleicht man diese Zahl mit den Ergebnissen der Volkszählungen 1970 bzw. 1987, so zeigt sich, wie sehr sich die Mobilität der Berufspendler erhöht hat. Danach hat sich der Anteil der so genannten „Innergemeindlichen“ Pendler von 57 %²⁾ (Volks-

zählung 1970) über 51 % (Volkszählung 1987) auf jetzt 36 % verringert. Die Gründe, warum immer weniger Leute an ihrem Arbeitsort wohnen, sind vielschichtig. Häufig werden Pendlerbewegungen durch ein Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt und/oder Wohnungsmarkt bestimmt. Der Pendlerstrom über die Gemeindegrenze nimmt zum Beispiel zu, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften das örtlich verfügbare Potenzial übertrifft oder im Hinblick auf die berufliche Qualifikation nicht übereinstimmt. Es ist auch möglich, dass das vorhandene Wohnungsangebot quantitativ oder qualitativ nicht der Nachfrage entspricht. Zusätzlich können private Gründe eine Rolle spielen, wenn beispielsweise das Wohnumfeld am Arbeitsort nicht gefällt und das Wohnen auf dem Lande (Trend zum Eigenheim) bevorzugt wird.

Regional betrachtet hatte natürlich die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich bedeutendste Stadt Hessens, nämlich Frankfurt am Main, die meisten innergemeindlichen Pendler. Mit mehr als einem Fünftel stellte sie in dieser Pendlergruppe den größten Anteil am Landesergebnis. Mit deutlichem Abstand folgten die kreisfreie Stadt Wiesbaden (59 300 Personen oder 7,7 %) bzw. der Main-Kinzig-Kreis (39 600 Personen oder 5,1 %). Am Ende der Skala befanden sich der Rheingau-Taunus-Kreis, der Werra-Meißner-Kreis (jeweils 14 000 oder 1,8 %) sowie der strukturschwache Odenwaldkreis mit 10 000 Personen oder 1,3 %.

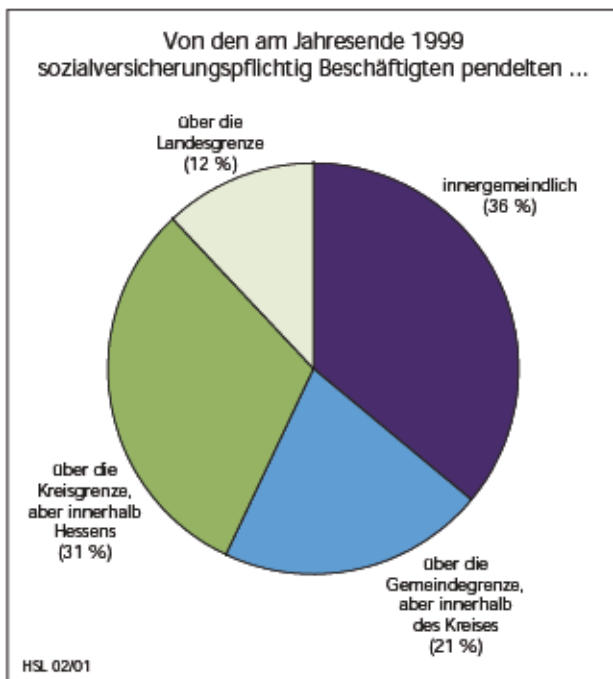
Bezieht man die innergemeindlichen Pendler auf die in der jeweiligen Region sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Danach hatte im Vogelsbergkreis, in der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie im Landkreis Waldeck-Frankenberg fast jeder zweite Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in seiner Wohngemeinde. Die Stadt Frankfurt am Main, der Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie der Rheingau-Taunus-Kreis lagen knapp über dem Landesdurchschnitt von 36 %. Am unteren Ende der Rangfolge lagen die Landkreise Offenbach, Groß-Gerau und der Hochtaunuskreis mit jeweils 28 %. Im Main-Taunus-Kreis hatten nur 19 % der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz in der Wohnsitzgemeinde.

1) Arbeitnehmer einschl. der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die gegenüber der Bundesanstalt für Arbeit krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig sind.

2) Wegen der Gebietsreform in den Siebzigerjahren nur bedingt vergleichbar. Die Zahl der Gemeinden verringerte sich seit 1970 durch Zusammenlegungen und Eingemeindungen um über 2200 auf 426. Die aus den jeweiligen Volkszählungen verwendeten Zahlen errechneten sich wie folgt: Erwerbstätige insgesamt minus Selbstständige/Mithelfende Familienangehörige und Beamte.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 31. Dezember 1999 nach der Pendlereigenschaft

Landkreis, Kreisfreie Stadt (St.)	Am Arbeitsort						Am Wohnort				Pendler- saldo (Sp. 5 + Sp. 6) minus (Sp. 9 + Sp. 10)
	insgesamt	davon				Einpender- quote (Sp. 5 + Sp. 6)/Sp. 2 (%)	insgesamt	darunter Auspendler		Auspendler- quote (Sp. 9 + Sp. 10)/Sp. 8 (%)	
		pendelten		Einpender				über die Kreisgrenze, aber innerhalb Hessens	über die Landes- grenze		
		inner- gemeindlich	über die Gemeinde- grenze, aber im Kreis	über die Kreisgrenze aber innerhalb Hessens	über die Landesgrenze						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Darmstadt, St.	86 853	28 111	—	49 662	9 080	68	47 307	16 237	2 959	41	39 546
Frankfurt am Main, St.	468 577	171 735	—	229 098	67 744	63	227 207	44 728	10 744	24	241 370
Offenbach am Main, St.	46 421	16 693	—	25 560	4 168	64	39 671	21 242	1 736	58	6 750
Wiesbaden, St.	120 353	59 299	—	34 953	26 101	51	91 728	21 109	11 320	35	28 625
Bergstraße	61 699	25 117	18 397	4 562	13 623	29	89 010	12 660	32 836	51	- 27 311
Darmstadt-Dieburg	60 516	20 101	17 822	17 180	5 413	37	99 722	55 091	6 708	62	- 39 206
Groß-Gerau	92 230	26 160	21 988	25 737	18 345	48	94 359	38 535	7 676	49	- 2 129
Hochtaunuskreis	71 842	19 790	17 499	25 858	8 695	48	78 162	37 003	3 870	52	- 6 320
Main-Kinzig-Kreis	111 831	39 580	43 732	17 259	11 260	26	141 060	48 953	8 795	41	- 29 229
Main-Taunus-Kreis	81 358	15 198	13 918	37 100	15 142	64	82 697	48 485	5 096	65	- 1 339
Odenwaldkreis	24 947	10 014	11 122	2 262	1 549	15	33 100	8 610	3 354	36	- 8 153
Offenbach	105 690	30 259	26 294	34 086	15 051	46	122 833	59 247	7 033	54	- 17 143
Rheingau-Taunus-Kreis	38 835	14 023	11 590	6 810	6 412	34	63 132	31 925	5 594	59	- 24 297
Wetteraukreis	72 653	24 797	24 477	19 858	3 521	32	99 756	46 489	3 993	51	- 27 103
Reg.-Bez. Darmstadt	1 443 805	500 877	206 839	529 985	206 104	51	1 309 744	490 314	111 714	46	134 061
Gießen	84 671	26 235	34 142	20 297	3 997	29	83 021	19 361	3 283	27	1 650
Lahn-Dill-Kreis	81 550	31 316	34 847	10 249	5 138	19	86 489	15 569	4 757	24	- 4 939
Limburg-Weilburg	43 404	14 431	17 138	3 588	8 247	27	55 360	18 516	5 275	43	- 11 956
Marburg-Biedenkopf	75 637	32 534	31 250	8 702	3 151	16	80 737	13 508	3 445	21	- 5 100
Vogelsbergkreis	29 036	14 319	9 319	4 711	687	19	37 492	12 628	1 226	37	- 8 456
Reg.-Bez. Gießen	314 298	118 835	126 696	47 547	21 220	22	343 099	79 582	17 986	28	- 28 801
Kassel, St.	92 295	38 295	—	46 464	7 536	59	55 315	13 218	3 802	31	36 980
Fulda	71 711	24 697	32 922	5 900	8 192	20	68 640	7 854	3 167	16	3 071
Hersfeld-Rotenburg	39 591	14 801	15 491	4 467	4 832	23	39 421	6 154	2 975	23	170
Kassel	60 828	19 324	16 927	20 648	3 929	40	79 668	36 806	6 611	54	- 18 840
Schwalm-Eder-Kreis	44 739	19 132	17 384	6 727	1 496	18	60 813	21 877	2 420	40	- 16 074
Waldeck-Frankenberg	53 640	25 241	20 065	4 584	3 750	16	55 163	5 816	4 041	18	- 1 523
Werra-Meißner-Kreis	30 585	13 479	9 953	2 234	4 919	23	33 912	6 935	3 545	31	- 3 327
Reg.-Bez. Kassel	393 389	154 969	112 742	91 024	34 654	32	392 932	98 660	26 561	32	457
ω Hessen insgesamt	2 151 492	774 681	446 277	668 556	261 978	43	2 045 775	668 556	156 261	40	105 717



Zwei von drei Beschäftigten fahren über die Gemeindegrenze

Fast 1,4 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer oder nahezu 64 % (bezogen auf die Beschäftigten am Arbeitsort) pendelten über die Gemeindegrenze. Gegenüber den Volkszählungen 1970 und 1987 haben sich diese Anteile stark erhöht (VZ 1970: 43 %; VZ 1987: 49 %). Die Gründe hierfür dürften im Wesentlichen die gleichen sein, die bereits oben erwähnt wurden. Hinzu kommt, dass offensichtlich die Notwendigkeit und die Bereitschaft, aus Erwerbsgründen weitere Wege zurückzulegen, gestiegen sind. Auch die hohe individuelle Mobilität und der Ausbau moderner Verkehrssysteme dürften zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Hier macht sich ebenfalls bemerkbar, dass in den letzten Jahren viele Unternehmen ihren Firmensitz auf Grund von Standortvorteilen (z. B. bessere Verkehrsanbindung, geringere Grundstückskosten, flächenhafte Expansionsmöglichkeiten, regionale Wirtschaftsförderprogramme) in andere Regionen verlegt haben.

Ein Fünftel pendelte über die Gemeindegrenze, aber innerhalb des Kreises

Analysiert man das Pendlerverhalten von Personen, die zwar über die Gemeindegrenze, aber innerhalb des Kreises pendelten (Angaben über die kreisfreien Städte liegen hier nicht vor), so entfielen auf den flächenmäßig großen Main-Kinzig-Kreis fast 10 % oder rund 44 000 Beschäftigte mit dieser Pendlereigenschaft. An zweiter und dritter Stelle folgten der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Gießen mit rund 34 000 Personen oder jeweils knapp 8 %. Das untere Ende mit jeweils weniger als 10 000 Personen bildeten der Werra-Meißner-Kreis und der Vogelsbergkreis. Bezieht man auch hier

wieder die Pendler auf die Beschäftigten am Arbeitsort je Kreis insgesamt, so pendelten in den Landkreisen Fulda und Odenwald fast die Hälfte der Arbeitnehmer innerhalb des Kreisgebietes. Weit abgeschlagen mit 17 % landete der kleinflächige Main-Taunus-Kreis auf dem letzten Platz. Insgesamt gab es 446 000 Personen (gut 20 % bezogen auf die Beschäftigten am Arbeitsort), die über die Gemeindegrenze, aber innerhalb des Kreises pendelten.

Die „innergemeindlichen“ Pendler und die Pendler innerhalb des Kreisgebietes kann man zur so genannten „*Nahpendlergruppe*“ zusammenfassen. Danach hatten landesweit fast 57 %, bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten am Arbeitsort, ihre Arbeitsstelle innerhalb der Wohngemeinde oder innerhalb des Kreisgebietes. Allerdings zeigte sich hier ein starkes Stadt-/Landgefälle. In den kreisfreien Städten war der Anteil der ortsansässigen Beschäftigten an der jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahl besonders gering. Daran zeigt sich, dass ein großer Einpendlerbedarf zur Aufrechterhaltung des Gesamtbeschäftigungsniveaus bestand.

Während dieser Anteil bei den kreisfreien Städten zwischen 32 % (Darmstadt) und 49 % (Landeshauptstadt Wiesbaden) schwankte und somit unter dem Landesdurchschnitt lag, betrug dieser Anteil bei den Landkreisen zwischen 52 % (Hochtaunuskreis) und fast 85 % (Odenwaldkreis). Eine Ausnahmestellung innerhalb der Landkreise bildete der Main-Taunus-Kreis mit knapp 36 %.

Drei von zehn Beschäftigten pendelten über die Kreisgrenze

Nach den „innergemeindlichen“ Pendlern bildeten die Personen, die über die Kreisgrenze innerhalb Hessens pendelten, die zweitgrößte Gruppe. Insgesamt umfasste diese Gruppe 669 000 Personen oder 31 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer am Arbeitsort. Differenziert man diese Zahl nach Ein- und Auspendlern, so ergab sich für Hessen folgendes Bild:

Die Rangfolge der wichtigsten Pendlerzielorte führte die Stadt Frankfurt am Main unangefochten an. Mit über 229 000 *Einpendlern* nahm sie 34 % aller innerhessischen „Kreispendler“ auf. Mit deutlichem Abstand folgten die Städte Darmstadt (50 000) und Kassel (46 500). Auf den Plätzen vier und fünf lagen der Main-Taunus-Kreis (37 100) sowie die Stadt Wiesbaden (35 000). Das Schlusslicht bildeten der Landkreis Limburg-Weilburg (3600), der Odenwaldkreis sowie der Werra-Meißner-Kreis (jeweils 2300).

Diese Reihenfolge verändert sich, wenn man die Einpendler über die Kreisgrenze, aber innerhalb Hessens, auf die Beschäftigten (am Arbeitsort) bezieht (Einpendlerquote). Danach pendelten von 100 Beschäftigten (am Arbeitsort) jeweils mehr als die Hälfte in die kreisfreien Städte Darmstadt (57) und Offenbach am Main (55). In den Städten Kassel und

Von den 2,15 Mill. am Jahresende 1999 in Hessen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wohnten ... in folgenden Bundesländern¹⁾:



HSL 01/01

1) Wohnort im Ausland bzw. unbekannt: 1973.

Frankfurt am Main gehörte jeder zweite Beschäftigte am Arbeitsort zu dieser Einpendlergruppe. Weniger als 10 % innerhessische „Kreiseinpendler“ hatten der Landkreis Bergstraße und der Werra-Meißner-Kreis (7 %), die Landkreise Fulda bzw. Limburg-Weilburg (8 %) sowie der Odenwaldkreis und der Landkreis Waldeck-Frankenberg (9 %) zu verzeichnen.

Rund 80 % der Einpendler hatten den Regierungsbezirk Darmstadt, und dort vor allem das Rhein-Main-Gebiet, als Zielgebiet. Die Schwerpunktfunktion dieser Region für die hessische Wirtschaft wird dadurch noch untermauert, dass die Konzentration der Pendelbewegung auf den südhessischen Raum deutlich stärker ausfiel, als es den Beschäftigtenanteilen entsprach (67 %). Im Regierungsbezirk Kassel pendelten 14 % über die Kreisgrenze (Beschäftigtenanteil 18 %), im Regierungsbezirk Gießen waren es lediglich 7 % (Beschäftigtenanteil 15 %), wovon fast die Hälfte auf die Stadt Gießen entfiel.

Während bei den Einpendlern die Stadt Frankfurt am Main mit deutlichem Abstand die größte Zielgemeinde Hessens darstellte, lag bei den *Auspendlern* über die Kreisgrenze, aber innerhalb Hessens, der Landkreis Offenbach mit 59 000 Personen an der Spitze. Ihm folgten der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit 55 000 Personen sowie der Main-Kinzig-Kreis und der Main-Taunus-Kreis (jeweils 48 000 Auspendler). Die Stadt Frankfurt belegte mit fast 45 000 Auspendlern hinter dem Wetteraukreis (46 000) nur den sechsten Platz.

Setzt man die innerhessischen „Kreisauspendler“ in Relation zu den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern am Wohnort (Auspendlerquote), dann hatte der Main-Taunus-Kreis mit fast 59 % die höchste Auspendlerquote. Auf den Plätzen zwei und drei folgten der Landkreis Darmstadt-Dieburg (55 %) und die kreisfreie Stadt Offenbach am Main (54 %). Mit 51 % belegte der Rheingau-Taunus-Kreis den vierten Platz. Die niedrigsten Quoten wiesen mit jeweils 11 % die Landkreise Waldeck-Frankenberg und Fulda aus.

106 000 mehr Ein- als Auspendler

Zum Jahresende 1999 arbeiteten in Hessen 2,15 Mill. sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Davon waren rund 262 000 Einpendler nach Hessen. Gleichzeitig arbeiteten gut 156 000 Beschäftigte außerhalb Hessens. Somit ergab sich für Hessen ein positiver Pendlersaldo von 106 000 Personen.

Knapp 90 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten sowohl ihren Arbeitsplatz als auch ihren Wohnsitz in Hessen. Die 262 000 Einpendler kamen vor allem aus den angrenzenden Bundesländern. 78 500 Beschäftigte oder knapp 30 % kamen aus Rheinland-Pfalz nach Hessen, ge-

folgt von Bayern (43 200) und Nordrhein-Westfalen (37 600). Aus Baden-Württemberg kamen rund 31 000 Beschäftigte, aus Thüringen 22 600 und aus Niedersachsen 16 300. Knapp 79 % der 262 000 nach Hessen einpendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten im Regierungsbezirk Darmstadt, und zwar in den kreisfreien Städten Frankfurt (26 %) und Wiesbaden (10 %), im Landkreis Groß-Gerau (7 %) sowie in den Landkreisen Offenbach, Bergstraße, Main-Taunus-Kreis und Main-Kinzig-Kreis (jeweils ca. 5 %).

Von den gut 156 000 Auspendlern über die Landesgrenze arbeiteten 43 400 Personen oder fast 28 % in Baden-Württemberg, vorwiegend in den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg sowie im Rhein-Neckar-Kreis. 90 % der nach Baden-Württemberg auspendelnden Beschäftigten hatten ihren Wohnsitz in Südhessen, vorwiegend im Landkreis Bergstraße. Da gleichzeitig 31 000 Baden-Württemberger in Hessen zur Arbeit gingen, ergab sich aus hessischer Sicht mit Baden-Württemberg als einzigem Bundesland ein negativer Pendlersaldo in Höhe von 12 400 Personen. Weiterhin gingen rund 33 000 Hessen in Rheinland-Pfalz einer Tätigkeit nach (vorwiegend in Mainz, Ludwigshafen, Rhein-Lahn-Kreis und Worms). Die hessischen Berufsauspendler hatten ihren Wohnsitz überwiegend in der Landeshauptstadt Wiesbaden (8035), in den Landkreisen Groß-Gerau (4400), Bergstraße (3800), Limburg-Weilburg und im Rheingau-Taunus-Kreis (jeweils ca. 3400). Da aber deutlich mehr Rheinland-Pfälzer in Hessen arbeiteten als umgekehrt, errechnete sich mit diesem Bundesland der höchste positive Pendlersaldo (45 400 Personen). 28 200 Personen pendelten nach Nordrhein-Westfalen (Köln, Siegen-Wittgenstein, Düsseldorf, Hochsauerlandkreis und Bonn), 24 800 Beschäftigte nach Bayern (Aschaffenburg Stadt und Landkreis, Miltenberg). Nach Niedersachsen zog es 10 600 Pendler (Göttingen, Hannover Stadt und Landkreis). Über 6 % der hessischen Auspendler arbeiteten in den neuen Bundesländern.

Kreisfreie Städte haben einen positiven Pendlersaldo

Vergleicht man die Einpendler- (über die Kreis- und über die Landesgrenze) mit den entsprechenden Auspendlerzahlen, so ergibt sich für alle kreisfreien Städte ein positiver Pendlersaldo. Den höchsten positiven Überschuss wies die Stadt Frankfurt am Main mit 241 000 Personen aus. Es folgten die Städte Darmstadt (39 500) und Kassel (37 000). Wiesbaden belegte vor der Stadt Offenbach innerhalb der kreisfreien Städte den vorletzten Platz. Die höchsten negativen Pendlersalden hatten der Landkreis Darmstadt-Dieburg (- 39 000), gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis (- 29 000), dem Wetteraukreis (- 27 000) sowie dem Rheingau-Taunus-Kreis (- 24 000). Annähernd ausgeglichene Pendlerbilanzen konnten die Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Gießen und der Main-Taunus-Kreis sowie der Kreis Groß-Gerau ausweisen. □

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1999

Investitionen sind wichtig, da sie die Basis für Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind. Angaben über Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes, das ein Fünftel der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft erbringt, werden jährlich bei den Betrieben erfragt. Nachdem die Investitionen 1998 bereits um 9,9 % zunahmen, erhöhten sie sich 1999 nochmals um 3,3 %. Der Anteil der Investitionen in Bauten und Grundstücke lag 1999 nur noch bei 12,5 %, während er in früheren Jahren deutlich höher war. Von den größten Branchen erzielte 1999 der Kraftwagensektor eine Investitionszunahme von 48,5 % auf 1,2 Mrd. DM, während die Chemische Industrie einen Rückgang von 20,9 % auf 1,3 Mrd. DM verzeichnete. Der Wert der gemieteten Sachinvestitionen des hessischen Verarbeitenden Gewerbes ging 1999 um 3,0 % auf 810 Mill. DM zurück.

Investitionen spielen eine eminent wichtige Rolle für die Zukunft der Wirtschaft eines Landes. Ein größerer und qualitativ besserer Kapitalstock ermöglicht — entsprechende Nachfrage vorausgesetzt — Wirtschaftswachstum und zunehmenden Wohlstand. Es werden verschiedene Investitionsarten unterschieden. Von den Bruttoinvestitionen — auf diese wird im folgenden Text ausschließlich eingegangen — müssen die Abschreibungen, d. h. die Wertminderung des Kapitalvermögens, abgezogen werden. Investitionen, die dem Erhalt des Kapitalvermögens dienen, werden Ersatzinvestitionen genannt. Es ist allerdings wegen des technischen Fortschritts davon auszugehen, dass auch die Ersatzinvestitionen schon zu einem qualitativ besseren Kapitalstock führen. Die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) können entweder dem Ziel eines größeren Outputs dienen (Erweiterungsinvestition) oder als Rationalisierungsinvestition den gleichen Output kostengünstiger erstellen.

Im Verarbeitenden Gewerbe (im Folgenden immer einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) werden einmal im Jahr die Investitionen bei Betrieben von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen erfragt. Trotz im Rahmen des Strukturwandels zurückgehender relativer Bedeutung erbringt dieser Sektor noch etwa ein Fünftel der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft.

Zu den *Investitionen* gehören alle im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen, einschl. selbst erstellter Anlagen, im Bau befindlicher Anlagen (soweit aktiviert) und Leasinggüter, die beim Leasingnehmer zu aktivieren sind. Die *Bruttoanlageinvestitionen* umfassen Gebäude und bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke, Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Werkzeuge. Nicht einbezogen sind neben Beteiligungen, Wertpapieren, Konzessionen und dem Erwerb von ganzen Betrieben die Auslandsinvestitionen.

Die Entwicklung der Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in den letzten Jahrzehnten war starken Schwankungen unterworfen. Dabei spielen auch größere Investitionen von Großbetrieben eine Rolle, die auf der Ebene eines Bun-

deslandes zwangsläufig zu stärkeren Ausschlägen führen als bei der Entwicklung auf Bundesebene. Die prozentualen Veränderungsdaten zum Vorjahr schwanken in der Regel stärker bei den Bruttoanlageinvestitionen insgesamt als bei den Investitionen in maschinelle Anlagen. Zu kräftigen Investitionsausweitungen kam es Mitte der Achtzigerjahre und im Anschluss an die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Mit einer Bruttoanlageinvestition von fast 9,4 Mrd. DM wurde für Hessen im Jahr 1992 das bisherige Maximum erreicht. In den beiden Folgejahren kam es dagegen rezessionsbedingt zu gewaltigen Einbußen. Die Umstellung der Statistiken seit 1995 auf die europaweit gültige Wirtschaftszweigklassifikation NACE REV. 1 bzw. die davon abgeleitete deutsche WZ 93 lässt keine detaillierten Vergleiche mit den Jahren bis 1994 mehr zu. Immerhin liegt nunmehr schon wieder eine Zeitreihe mit fünf Jahresergebnissen bis einschl. 1999 vor.

Nochmals höhere Investitionen im Jahr 1999

Nachdem es 1996 einen geringen Investitionsrückgang im hessischen Verarbeitenden Gewerbe gegeben hatte, kam es 1997 zu einer deutlichen Einbuße von 15,7 %. Im Folgejahr konnte diese Abnahme durch einen Anstieg von 9,9 % zum Teil wieder ausgeglichen werden. 1999 wurde mit einer Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen von 3,3 % auf 6,5 Mrd. DM weiterer Boden gutgemacht. Allerdings ist das Niveau von 1995 mit Investitionen von über 6,8 Mrd. DM noch nicht wieder erreicht worden. Das ist nicht verwunderlich, da es für Erweiterungsinvestitionen kaum Anlass gab. Die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes haben von 1995 bis 1999 nur um 1,4 % auf 153,3 Mrd. DM zugenommen. Nur die Auslandsumsätze — allerdings stagnierten auch diese 1999 im Vorjahresvergleich — haben in diesem Zeitraum um 18,9 % auf 51,4 Mrd. DM zugenommen. Dagegen gab es bei den Inlandsumsätzen eine deutliche Abnahme von 5,6 % auf 101,9 Mrd. DM. Somit standen in den letzten Jahren sicherlich neben den Ersatzinvestitionen die Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund. Die Zahl der Beschäftigten, schon in den Vorjahren rückläufig, hat zwischen 1995

Bruttoanlageinvestitionen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1995 bis 1999

Branche	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM				
Ernährungsgewerbe	593,5	593,7	528,2	523,4	598,3
Verlags- und Druckgewerbe	274,6	203,9	204,2	390,8	402,7
Chemische Industrie	1 619,9	1 960,2	1 367,2	1 664,2	1 315,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	519,6	457,0	582,4	496,6	451,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	443,2	434,9	431,0	451,9	501,1
Maschinenbau	507,8	492,2	476,7	533,4	553,9
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	1 034,6	984,7	800,3	828,1	1 229,6
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	6 833,9	6 801,8	5 734,8	6 299,9	6 505,3
davon					
Vorleistungsgüterproduzenten	3 393,8	3 691,8	2 890,9	3 193,1	3 420,8
Investitionsgüterproduzenten	1 926,1	1 704,2	1 376,5	1 311,3	1 460,5
Gebrauchsgüterproduzenten	222,7	189,0	163,5	177,7	201,8
Verbrauchsgüterproduzenten	1 291,4	1 216,9	1 303,9	1 617,7	1 422,1
	Zu- bzw. Abnahme (-) zum Vorjahr in %				
Ernährungsgewerbe	.	0,0	- 11,0	- 0,9	14,3
Verlags- und Druckgewerbe	.	- 25,7	0,1	91,4	3,0
Chemische Industrie	.	21,0	- 30,3	21,7	- 20,9
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	.	- 12,0	27,4	- 14,7	- 9,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	.	- 1,9	- 0,9	4,8	10,9
Maschinenbau	.	- 3,1	- 3,1	11,9	3,8
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	.	- 4,8	- 18,7	3,5	48,5
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	.	- 0,5	- 15,7	9,9	3,3
davon					
Vorleistungsgüterproduzenten	.	8,8	- 21,7	10,5	7,1
Investitionsgüterproduzenten	.	- 11,5	- 19,2	- 4,7	11,4
Gebrauchsgüterproduzenten	.	- 15,1	- 13,5	8,7	13,6
Verbrauchsgüterproduzenten	.	- 5,8	7,1	24,1	- 12,1

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) und von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

und 1999 im Jahresdurchschnitt um 11,8 % auf 464 700 abgenommen.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden in der Unterteilung Gebäude und bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke und Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung bei den Betrieben erfasst. Der Anteil der Bauinvestitionen (einschl. Grundstücke) hat zwischen 1995 und 1999 ab-, und dementsprechend haben die Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen usw. zugenommen. Der Anteil der Bauinvestitionen lag in den Jahren 1970 bis 1975 bei 25–30 % der Gesamtinvestitionen, während er von 1995 bis 1999 nur noch bei 12–18 % lag. Seit 1975 wurde die 20-Prozent-Marke nur noch einmal im Jahr 1992 überschritten. Nicht zufällig markiert der hohe Anteil der Bauinvestitionen im Jahr 1970 auch einen Höchststand der Beschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes. Seit der ersten Ölkrise 1973 und dem verstärkten Strukturwandel der Wirtschaft sind im Verarbeitenden Gewerbe die Zeiten anhaltender größerer Wachstumsraten mit trendmäßigem Beschäftigungsanstieg passé. Der Bedeutungsschwund der Bauinvestitionen, die ja typisch für Erweiterungsinvestitionen sind, ist somit nur folgerichtig.

Im Jahr 1999 investierte das hessische Verarbeitende Gewerbe in Maschinen, maschinelle Anlagen usw. 5,7 Mrd. DM, was einem Anteil an den gesamten Investitionen von 88 % entsprach. Gegenüber 1998 war dies ein Anstieg um 3,9 %. Nach Abnahmen von 5,5 und 8,9 % in den Jahren 1996 und 1997

hatte es erstmals 1998 wieder einen Anstieg von 7,3 % gegeben. Wegen der geringeren Häufigkeit und der Größe der Investitionen in Bauten und Grundstücke sind die Ausschläge im Zeitablauf größer. Im Jahr 1999 nahmen die Investitionen in Gebäude und bebaute Grundstücke um 14,2 % auf 670 Mill. DM ab, während die Investitionen in unbebaute Grundstücke um 270 % auf 138 Mill. DM zunahmen.

Trotz eines Investitionsrückgangs von 20,9 % im Jahr 1999 blieb die *Chemische Industrie* mit über 1,3 Mrd. DM die investitionsstärkste Branche. 1996 und 1998 hatte es Zuwachsraten von 21 und 22 % gegeben, 1997 — in diesem Jahr gab es besonders ausgeprägt Umstrukturierungen und Ausgliederungen von Betriebsteilen in den Dienstleistungssektor — nahmen die Investitionen um 30 % ab. Das Investitionsvolumen des Jahres 1999 ist das niedrigste der letzten Jahre. Durch den starken Beschäftigungsrückgang seit 1995 lagen die Investitionen je Beschäftigten im Jahr 1999 mit 19 700 DM noch etwas höher als 1995, allerdings deutlich niedriger als im Jahr 1998, für das ein Wert von 24 750 DM je Beschäftigten erreicht wurde.

Neben der Chemischen Industrie haben 1999 nur noch die *Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen* mehr als 1 Mrd. DM investiert. Begünstigt durch die größere Investition eines Betriebes haben die Bruttoanlageinvestitionen dieser Branche 1999 um knapp 49 % auf über 1,2 Mrd. DM zugenommen. 1997 war mit nur noch 800 Mill. DM ein Tiefpunkt erreicht worden, der im nächsten Jahr um 3,5 % über-

Bruttoanlageinvestitionen und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 1998 und 1999

Wirtschaftszweig Hauptgruppe	Bruttoanlageinvestitionen						Beschäftigte am 30. September		Investitionen je Beschäftigten	
	insgesamt			davon (1999) entfielen auf			1998	1999	1998	1999
	1998	1999	Zu- bzw. Abn. (-) gegen- über 1998	Gebäude und bebaute Grund- stücke	unbe- baute Grund- stücke	Maschi- nen, masch. Anla- gen ²⁾				
	1000 DM		%	1000 DM			DM			
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	42 561	41 422	- 2,7	2 176	2 059	37 187	1 489	1 577	28 584	26 266
Verarbeitendes Gewerbe	6 257 296	6 463 863	3,3	668 933	136 081	5 658 789	469 510	482 448	13 327	13 977
davon										
Ernährungsgewerbe	523 352	598 327	14,3	47 163	670	550 494	33 417	34 702	15 661	17 242
Textilgewerbe	42 180	58 722	39,2	17 877	2	40 843	6 274	5 895	6 723	9 961
Bekleidungs-gewerbe	7 309	12 795	75,1	8 185	—	4 609	3 410	3 011	2 148	4 249
Ladergewerbe	22 819	17 544	- 23,1	2 741	434	14 368	3 110	2 828	7 337	6 204
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	58 141	64 372	10,7	21 288	2 260	40 824	6 345	6 159	9 163	10 452
Papiergewerbe	283 239	114 572	- 43,6	12 972	60	101 539	8 819	8 490	23 046	13 495
Verlags-gewerbe, Druck-gewerbe, Vervielfältigung von beschrifteten Ton-, Bild- und Datenträgern Kohle-, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutzöfen	390 823	402 748	3,1	73 614	250	328 813	21 847	21 995	17 889	18 311
Chemische Industrie	5 312	4 417	- 16,8	72	—	4 346	853	771	6 227	5 729
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 664 246	1 315 598	- 20,9	134 743	39 306	1 141 549	67 252	66 823	24 746	19 688
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	496 554	451 838	- 9,0	32 340	5 655	413 863	36 045	35 581	13 776	12 699
Metallerzeugung und -bearbeitung	157 736	144 165	- 8,6	17 666	3 311	123 187	12 339	11 554	12 784	12 477
Herstellung von Metallerzeugnissen	122 206	179 952	47,3	13 947	5	166 000	12 573	11 713	9 720	15 363
Maschinenbau	451 983	501 106	10,9	63 140	993	436 925	40 981	39 982	11 029	12 533
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungs- geräten und -einrichtungen	533 428	553 897	3,8	96 219	1 100	456 582	64 866	64 124	8 224	8 638
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung -verteilung u. ä.	15 829	7 101	- 55,1	33	—	7 069	1 404	1 259	11 274	5 640
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	264 913	288 890	9,1	57 461	2 157	229 272	26 342	26 262	10 057	11 000
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	67 589	101 745	50,5	3 652	9 104	88 989	9 021	9 273	7 492	10 972
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	223 904	221 372	- 1,1	8 577	274	212 556	28 362	26 599	7 895	8 323
Sonstiger Fahrzeugbau	828 096	1 229 592	48,5	42 760	70 498	1 116 334	61 361	60 860	13 495	20 204
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	81 778	90 334	10,5	11 185	—	79 149	11 409	11 064	7 168	8 165
Recycling	83 381	101 265	21,4	3 291	—	97 974	13 200	13 215	6 317	7 663
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt	12 478	3 511	- 71,9	7	—	3 503	280	288	44 564	12 191
	6 299 857	6 585 286	3,3	671 109	138 140	5 695 976	470 999	464 025	13 376	14 019

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten; einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. — 2) Sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

troffen worden war. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen lag mit 91 % überdurchschnittlich hoch. Wegen des anhaltenden Beschäftigungsrückgangs im hessischen Kraftwagensektor nahmen die Investitionen je Beschäftigten noch stärker als die absoluten Investitionen um fast 50 % auf 20 200 DM zu.

Obwohl das *Ernährungsgewerbe* nach der Beschäftigtenzahl erst die sechsgößte Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, lag es bei den Investitionen mit fast 600 Mill. DM an dritter Stelle. Traditionell handelt es sich um eine kapitalintensive Branche. Nach schwacher Investitionstätigkeit in den Jahren 1996 bis 1998 konnte 1999 erstmals wieder ein Anstieg von 14,3 % erzielt werden. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen erreichte 92 %; je Beschäftigten wurden 17 240 DM investiert.

Beim *Maschinenbau* handelt es sich um einen Wirtschaftszweig mit — in Relation zur Beschäftigtenzahl — weit unter-

durchschnittlicher Kapitalausstattung. Mit Investitionen von 8640 DM je Beschäftigten hat sich dies auch 1999 bestätigt. Allerdings hat das Investitionsvolumen um 3,8 % auf 550 Mill. DM zugenommen, nachdem bereits 1998 ein Anstieg von 11,9 % erzielt worden war.

Investitionszuwächse verbuchten von den größeren Branchen 1999 noch das Verlags- und Druckgewerbe mit 3,0 % auf 400 Mill. DM sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen mit 10,9 % auf 500 Mill. DM. Gegen den allgemeinen Trend mussten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren einen Rückgang von 9 % auf 450 Mill. DM verzeichnen.

Mietinvestitionen 1999 rückläufig

Schon seit etlichen Jahren hat das Leasing auch bei den Investitionen an Relevanz gewonnen. Firmen kaufen nicht nur Investitionsgüter (Eigentümerkonzept), sondern nutzen auch Investitionsgüter, die sie leasen oder mieten (Nutzer-

Neu gemietete Sachanlagen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1995 bis 1999

Branche	1995	1996	1997	1998	1999
	1000 DM				
Ernährungsgewerbe	116 589	105 802	28 108	60 569	75 022
Verlags- und Druckgewerbe	54 288	66 148	44 005	93 315	153 053
Chemische Industrie	205 306	287 857	140 845	82 778	93 986
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	63 455	60 112	56 496	45 371	47 215
Herstellung von Metallerzeugnissen	76 300	66 594	78 750	97 574	104 542
Maschinenbau	74 462	76 840	78 093	69 833	71 256
Herst. von Kraftwagen und -teilen	63 777	34 283	275 992	155 949	88 527
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	809 441	857 991	820 351	836 576	811 457
	Zu- bzw. Abnahme (-) zum Vorjahr in %				
Ernährungsgewerbe	.	- 9,3	- 73,4	115,5	23,9
Verlags- und Druckgewerbe	.	21,8	- 33,5	112,1	64,0
Chemische Industrie	.	40,2	- 51,1	- 41,2	13,5
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	.	- 5,3	- 6,0	- 19,7	4,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	.	- 12,7	18,3	23,9	7,1
Maschinenbau	.	3,2	1,6	- 10,6	2,0
Herst. von Kraftwagen und -teilen	.	- 46,2	705,0	- 43,5	- 43,2
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹⁾	.	6,0	- 4,4	2,0	- 3,0

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden (Industrie und Verarbeitendes Handwerk) und von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

konzept). Statistisch wird bei den Betrieben der „Wert der neu gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen“ erfragt. 1999 haben die hessischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes neue Sachanlagen im Wert von insgesamt 810 Mill. DM gemietet, womit der Vorjahreswert um 3 % unterschritten wurde. Die gegensätzliche Entwicklung zu den Kaufinvestitionen erklärt sich vor allem aus der Entwicklung des Kraftwagensektors. Diese Branche hatte bei den Mietinvestitionen einen Rückgang um 43 % auf 89 Mill. DM, während bei den Kaufinvestitionen ein Anstieg von 49 % verbucht worden war. Am stärksten nutzte das Verlags- und Druckgewerbe das Instrument des Leasings/Mietens. Mit 153 Mill. DM wurde das Vorjahresniveau um 64 % übertrof-

fen. Mit 105 Mill. DM steigerten die Hersteller von Metallerzeugnissen ihre Mietinvestitionen um 7,1 %. Bei der Chemischen Industrie wurde eine Zunahme von 13,5 % auf 94 Mill. DM und beim Maschinenbau um 2,0 % auf 71 Mill. DM verzeichnet.

Bei einer Addition von Kauf- und Mietinvestitionen ergibt sich beim Verarbeitenden Gewerbe für 1999 ein Gesamtinvestitionsbetrag von insgesamt 7,3 Mrd. DM; gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies ein Plus von 2,5 %. Der Anteil der Mietinvestitionen an den Gesamtinvestitionen lag 1999 bei 11,1 %. In den Jahren seit 1995 bewegte sich dieser Anteil in einem Korridor zwischen 10,6 und 12,5 %. □

Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Hessen

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Zentrale Aufgabe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die seit 1962 — normalerweise in fünfjährlichem Turnus — in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werden, ist die Ermittlung der monatlichen Einkommen, Einnahmen und Ausgaben der Haushalte sowie ihrer Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Nach den Ergebnissen der Haushaltsaufzeichnungen für das ganze Jahr 1998 hatte das monatliche Bruttoeinkommen eines hessischen Durchschnittshaushalts einen Betrag von gut 7120 DM erreicht. Es lag damit um 740 DM oder knapp 12 % höher als fünf Jahre zuvor; die Zuwachsrate hat sich gegenüber dem vorhergehenden Fünfjahreszeitraum aber mehr als halbiert. Dabei haben die Einkommen aus Transferleistungen mit überdurchschnittlichen Zunahmen gegenüber den Arbeitseinkommen deutlich an Gewicht gewonnen. Da sich die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung ebenfalls überproportional erhöht haben, sind das Haushaltsnettoeinkommen sowie das gesamte Haushaltsbudget lediglich um jeweils gut 10 % auf 5620 DM bzw. auf rund 9100 DM gestiegen. Davon wurde nahezu unverändert ein Fünftel durch Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme bestritten. Auf der Ausgabenseite haben sich dagegen die Beträge für die Vermögensbildung kaum erhöht, ganz anders als die Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Sie haben mit einem Zuwachs um fast 600 DM oder 16 % annähernd die Hälfte des Gesamtbudgets erreicht, während der Anteil des Ersparten um einen Prozentpunkt auf 8 % gesunken ist. Die Haushaltsgröße zeigte geringere Einflüsse auf die Art der Einkünfte und die Struktur der Ausgaben als die soziale Stellung der Bezugsperson oder insbesondere das Haushaltsnettoeinkommen. Auffallende Unterschiede waren aber auch zwischen allein lebenden Männern und Frauen festzustellen. So war zum Beispiel bei Letzteren der Anteil der Transferzahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen mit über 42 % fast so hoch wie derjenige der Einkommen aus unselbständiger Arbeit, die bei Männern einen Anteil von 56 % erreichten. Bei Haushalten mit nicht erwerbstätiger Bezugsperson machten die Transferzahlungen fast drei Viertel des gesamten Bruttoeinkommens aus. Die Ausgabenanteile des privaten Verbrauchs am Haushaltsbudget schwankten bei den Haushaltsgrößen zwischen etwa 46 und 49 %, bei der Gliederung nach der sozialen Stellung zwischen 38 und 60 % und bei den einzelnen Einkommensklassen sogar zwischen 39 und 71 %. Die „Sonstigen Ausgaben“ hatten bei den jeweiligen Untergliederungen der Haushalte ebenfalls ein recht unterschiedliches Gewicht.

Methodische Vorbemerkungen

Im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte werden in der Bundesrepublik Deutschland seit 1962 — in der Regel im Abstand von fünf Jahren — so genannte Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS)¹⁾ durchgeführt. Im Zentrum dieser Erhebungen steht, wie schon aus der Bezeichnung hervorgeht, die Ermittlung von Art und Höhe der Einkommen und Einnahmen sowie deren Verwendung, insbesondere für den privaten Verbrauch. Durch die laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) privater Haushalte werden entsprechende Daten zwar ebenfalls ermittelt, jedoch bis 1998 nur für drei ausgewählte Haushaltstypen und mit einem wesentlich geringeren Stichprobenumfang, so dass sie nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind. Mittelfristig ist eine methodische Angleichung beider Erhebungen geplant, insbesondere durch die Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen in die LWR und eine Vergrößerung des Stichprobenumfangs. Bei der EVS 1998 wurden nach einem Einführungsinterview mit Fragen über die Zu-

sammensetzung der Haushalte, ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern²⁾ und ihren Immobilienbesitz³⁾ durch Anschreibungen in Haushaltsbüchern, rotierend über jeweils ein Quartal, monatsweise sämtliche Einnahmen und Ausgaben nach vorgegebenen Gliederungsmerkmalen erhoben. Zusätzlich wurden in den Haushaltsbüchern detaillierte Fragen zum Geldvermögen gestellt, worüber noch in einem der folgenden Hefte dieser Zeitschrift berichtet wird. In einem Monat, der zum Ausgleich saisonaler Schwankungen für die einzelnen Haushalte in einem Rotationsverfahren festgelegt wurde, hatte darüber hinaus etwa jeder vierte teilnehmende Haushalt die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel mit den jeweiligen Mengenangaben im Einzelnen zu notieren. Wegen der relativ starken Belastung der Haushalte und der zum Teil äußerst sensiblen Fragestellungen hat der Gesetzgeber bei dieser Erhebung generell auf eine Auskunftspflicht verzichtet. Aus diesem Grund wurde für die Auswahl (bei einem durchschnittlichen Auswahlatz von 0,2 %) eine Schichtung der Haushalte vorgenommen, um ein möglichst repräsentatives Abbild der realen Situation zu gewinnen. Schichtungsmerkmale waren — auf der Basis der Mikrozensus-Ergebnisse — Haushaltsgröße und -typ, monatliches Haushaltsnettoeinkommen sowie soziale Stellung der Bezugsperson des Haushalts (definiert als Person mit dem höchsten Nettoeinkommen). Sie wurden auch zur

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. dazu „Langlebige Gebrauchsgüter in den privaten Haushalten“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 5, Mai 1999, Seite 152 ff.

3) Vgl. dazu „Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 1999, Seite 208 ff.

schichtenspezifischen Hochrechnung der in der EVS ermittelten Werte herangezogen.

Das Erhebungssoll von rund 5500 Haushalten wurde in Hessen allerdings wiederum verfehlt, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaß wie 1993. Zu Beginn beteiligten sich gut 4900 Haushalte, 1000 mehr als fünf Jahre zuvor, von denen aber nur knapp 4200 tatsächlich auch Buch führten⁴⁾. Nicht einbezogen waren von vornherein Personen, die in Einrichtungen untergebracht waren, sowie Haushalte mit einem Monatseinkommen ab 35 000 DM, da für sie wegen zu geringer Besetzung keine repräsentativen Ergebnisse zu erwarten waren. Wie schon erstmals im Jahr 1993 waren wieder Haushalte von Ausländern⁵⁾ beteiligt. Sie sind dementsprechend in den nachgewiesenen Gesamtzahlen enthalten; gesonderte Aussagen für sie können aber wegen der geringen Besetzung — zumindest für das Land Hessen — nicht gemacht werden. Im Übrigen mussten in den Tabellen einige Werte unterdrückt werden, und zwar dann, wenn infolge geringer Fallzahlen bei der Beteiligung der relative Standardfehler bei der Hochrechnung in einer Größenordnung von 20 % oder mehr lag. Bei den in Klammern gesetzten Werten bewegte sich der relative Standardfehler im Bereich zwischen 10 und 20 %, was bedeutet, dass die entsprechenden Daten nur begrenzt aussagefähig sind.

Bruttoeinkommen in fünf Jahren um 12 % gestiegen

Im Jahr 1998 erzielte ein hessischer Durchschnittshaushalt rein rechnerisch ein monatliches *Bruttoeinkommen* von gut 7120 DM; das waren 740 DM oder 12 % mehr als fünf Jahre zuvor. In dem davor liegenden Fünfjahreszeitraum war diese Zuwachsrate mit fast 27 % noch mehr als doppelt so hoch gewesen. Selbstverständlich können diese — wie auch alle anderen — Durchschnittswerte angesichts der Vielzahl von Komponenten, aus denen ein solcher Haushalt zusammengesetzt ist, nicht viel über den Einzelfall aussagen, da bei weitem nicht jeder Haushalt über sämtliche verschiedenen Einnahmearten verfügt, was umgekehrt natürlich auch für das Ausgabeverhalten gilt. Dabei kann sich die im Verlauf von fünf Jahren geänderte Konfiguration eines Durchschnittshaushalts durchaus stärker auf die für ihn relevanten Beträge auswirken als die tatsächliche Entwicklung. Dies wird bei der später folgenden Betrachtung nach verschiedenen Gliederungskriterien von Haushalten noch anschaulicher, obwohl schon die Entwicklung der verschiedenen Einkommensarten innerhalb des Bruttoeinkommens hierzu Hinweise liefert. So sind die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit nur um

4 % gestiegen, weil diejenigen der „Zweitverdiener“ leicht rückläufig waren. Ebenfalls zurückgegangen, und zwar sogar um fast 15 %, sind die Einkommen aus selbstständiger Arbeit, teilweise bedingt durch den Rückgang entsprechender Haushalte um etwa 10 000 infolge einer „Pleitewelle“ Mitte der Neunzigerjahre. Demgegenüber basierte der recht kräftige Anstieg der Einnahmen aus Vermögen und Vermietung ausschließlich auf dem erhöhten Mietwert der Eigentümerwohnungen, der hier fiktiv berechnet wird. Die starken Zuwächse der öffentlichen Transferzahlungen beruhen weniger auf einem Anstieg der Rente als vielmehr einer höheren Anzahl von Rentnerhaushalten und einer Verdoppelung der Kindergeldbezüge oder der Erhöhung anderer Sozialleistungen. Auch bei den nichtöffentlichen Transferzahlungen war der Zuwachs nicht so sehr durch die Betriebsrente bestimmt wie durch private Unterhaltszahlungen für die gestiegene Zahl von Alleinerziehenden.

Durch die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Einkommensarten haben sich natürlich ihre Gewichte innerhalb des Bruttoeinkommens verschoben. Die Bezüge aus unselbstständiger Arbeit blieben jedoch mit einem Anteil von knapp 55 %, immerhin 4 Prozentpunkte weniger als 1993, die wichtigste Geldquelle der privaten Haushalte. Fast 2 Prozentpunkte hat außerdem die Bedeutung der Einkünfte aus selbstständiger Arbeit eingebüßt, womit die Erwerbseinkommen zusammen auf einen Anteil von nur noch gut 61 % geschrumpft sind. Dagegen ist der Anteil von Einkommen aus Transferzahlungen von gut einem Fünftel auf ein Viertel gestiegen. Auch die Einnahmen aus Vermögen, zu zwei Dritteln aus dem Mietwert der Eigentümerwohnung bestehend, haben ihren Anteil um gut 2 Prozentpunkte auf über 14 % ausgeweitet.

Sparquote auf unter 13 % gesunken

Unter den Abzügen blieb die steuerliche Belastung eines Durchschnittshaushalts — bei einem moderaten Anstieg des zu zahlenden Betrags um etwas über 8 % auf gut 800 DM — nahezu unverändert bei reichlich 11 %, bezogen auf das Bruttoeinkommen. Überproportional um 26 % nahmen dagegen die Ausgaben für die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung zu, womit sie auf fast 700 DM kletterten. Hier dürfte die Einführung der Pflegeversicherung⁶⁾ neben der Erhöhung von Beitragssätzen für die Krankenversicherung eine entscheidende Rolle gespielt haben, zumal davon auch Rentnerhaushalte betroffen waren. Damit ist das Haushalts*nettoeinkommen* lediglich um 10,5 % auf gut 5600 DM angestiegen. Dieser Zuwachs war nur um gut 2 Prozentpunkte höher als die gesamte Preissteigerungsrate in der Zeit von Ende 1993 bis Ende 1998. Im Verlauf der fünf davor liegenden Jahre war das Nettoeinkommen — bei einer Preissteigerung um reichlich 18 % — immerhin um fast 28 % gewachsen.

4) So beteiligte sich z. B. nicht einmal die Hälfte der 870 vorgesehenen Arbeiterhaushalte und sogar nur gut ein Viertel der 950 Haushalte von Selbstständigen; ebenfalls stark unterrepräsentiert waren mit gerade einem Viertel des Solls die Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 2500 DM.

5) Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Erhebungen gab es in Hessen 1998 rund 253 000 Haushalte mit ausländischer Bezugsperson, was einem Anteil von gut 9 % entsprach. Das Erhebungssoll für sie war daher auf 528 Haushalte festgelegt, es beteiligten sich aber weit unter 200 Ausländerhaushalte.

6) Beiträge zur Pflegeversicherung werden seit Januar 1995 erhoben.

Monatliche Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte in Hessen 1993 und 1998

Gegenstand der Nachweisung	1993		1998		Zu- bzw. Abnahme (-)	
	DM	% ¹⁾	DM	% ¹⁾	DM	%
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	3 733	58,5	3 889	54,6	156	4,2
darunter						
des Haupteinkommensbeziehers	2 796	43,8	3 121	43,8	325	11,6
des Ehegatten/Lebensgefährten	640	10,0	610	8,6	- 30	- 4,8
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	565	8,9	482	6,8	- 83	- 14,7
Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (einschl. Untervermietung)	768	12,0	1 017	14,3	249	32,4
darunter Mietwert der Eigentümerwohnung	377	5,9	689	9,7	312	83,0
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1 135	17,8	1 422	20,0	287	25,3
darunter						
Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	641	10,0	712	10,0	71	11,0
öffentliche Pensionen	178	2,8	222	3,1	44	24,9
Kindergeld	53	0,8	117	1,6	64	120,3
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	182	2,9	313	4,4	131	72,0
darunter Werksrenten und -pensionen	54	0,8	58	0,8	4	6,9
Haushaltsbruttoeinkommen	6 383	77,5	7 123	78,5	740	11,6
abzüglich:						
Steuern auf Einkommen und Vermögen	749	11,7	812	11,4	63	8,4
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	545	8,5	688	9,7	143	26,3
Haushaltsnettoeinkommen	5 089	61,8	5 623	62,0	534	10,5
zuzüglich:						
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	181	2,2	156	1,7	- 25	- 13,8
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	5 270	64,0	5 779	63,7	509	9,7
Einnahmen aus Vermögensumwandlung, Kreditaufnahme	1 671	20,3	1 792	19,8	121	7,3
darunter						
Abhebung von Sparbüchern	520	6,3	463	5,1	- 57	- 11,0
Verkauf von Wertpapieren	334	4,1	324	3,6	- 10	- 2,9
Aufnahme von Hypotheken, Grundschulden und sonstigen Krediten	587	7,1	541	6,0	- 46	- 7,8
Haushaltsbudget insgesamt	8 235	100	9 071	100	836	10,2
darunter						
Aufwendungen für den privaten Verbrauch	3 742	45,4	4 335	47,8	593	15,8
Sonstige Ausgaben	3 199	38,9	3 236	35,7	37	1,1
darunter						
Versicherungsbeiträge	327	4,0	256	2,8	- 71	- 21,7
Sonstige Einkommensübertragungen	212	2,6	171	1,9	- 41	- 19,5
Tilgung und Verzinsung von Krediten	550	6,7	546	6,0	- 4	- 0,8
Ausgaben für Vermögensbildung	2 078	25,2	2 101	23,2	23	1,1
darunter						
Käufe von Immobilien	641	7,8	507	5,6	- 134	- 20,9
Käufe von Wertpapieren und Aktien	400	4,9	414	4,6	14	3,5
Einzahlungen auf Bausparverträge	122	1,5	135	1,5	13	10,4
Einzahlungen auf Sparbücher	452	5,5	401	4,4	- 51	- 11,3
Nachrichtlich: Ersparnis	767	9,3	733	8,1	- 34	- 4,5

1) Die kursiv gedruckten Werte sind Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen, ansonsten handelt es sich um Anteile am Haushaltsbudget insgesamt.

Addiert man zum Haushaltsbruttoeinkommen die Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme sowie die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren, so erhält man das *Haushaltsbudget*. Vom gesamten Budget eines Haushalts, das gegenüber 1993 um gut 10 % auf annähernd 9100 DM gestiegen ist, machte das Nettoeinkommen unverändert weniger als zwei Drittel aus. Ein Fünftel stammte auch 1998, wie schon fünf Jahre zuvor, aus Vermögensumwandlung, also beispielsweise Abhebungen von Sparbüchern oder Verkauf von Wertpapieren, und Kreditaufnahme, insbesondere der Aufnahme von Hypotheken oder Grundschulden. Die derartigen Einnahmen sind insgesamt um 7 % auf knapp 1800 DM gewachsen, obwohl es in einigen Unterpositionen Abnahmen gegeben hat. Auf der anderen Seite wurden für die Tilgung und Verzinsung von Krediten 550 DM und für die Vermögensbildung, wie Immobilien-

oder Wertpapierkäufe, Einzahlungen auf Sparbücher oder Bausparverträge, monatlich 2100 DM ausgegeben — wohl-gemerkt nicht unbedingt von den gleichen Haushalten. Das waren nahezu die gleichen Beträge wie im Jahr 1993. Auch die wichtigsten Posten der „sonstigen Ausgaben“, die sich insgesamt auf über 3200 DM beliefen, waren nur geringfügig höher als fünf Jahre zuvor. Ganz anders sah dies bei den Aufwendungen für den privaten Verbrauch aus, die recht kräftig um fast 600 DM oder 16 % auf 4335 DM angestiegen sind. Sie haben damit fast die Hälfte des Gesamtbudgets erreicht. Über Einzelheiten ihrer Entwicklung und Struktur sowie der unterschiedlichen Belastung bestimmter Haushaltsgruppen wird in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift noch ausführlich berichtet.

Nicht zuletzt diese höheren Verbrauchsausgaben haben dazu geführt, dass 1998 etwas weniger Geld auf die „hohe Kante“ gelegt wurde als fünf Jahre vorher. Die Ersparnis⁷⁾

7) Die Höhe der Ersparnis ergibt sich aus den Ausgaben für Vermögensbildung zuzüglich der Rückzahlung von Krediten und abzüglich der Einnahmen aus Vermögensauflösung und Kreditaufnahmen sowie der Zinsen für Baudarlehen.

war mit 733 DM um 2 % niedriger als 1993 und erreichte nur noch einen Anteil von 8 % des Gesamtbudgets. Die Sparquote, die sich aus dem Verhältnis von Ersparnis zu ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ergibt, ist damit in Hessen von gut 14 auf unter 13 % zurückgegangen. Sie lag aber immer noch um knapp einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Besonders das „klassische“ Sparbuch hatte ein Minus der Einzahlungen von 11 % zu verzeichnen. Der Rückgang bei Immobilienkäufen um ein Fünftel kann dagegen auch mit niedrigeren Immobilienpreisen und vor allem den günstigen Finanzierungskosten im Jahr 1998 zusammenhängen.

Wachstum des Bruttoeinkommens in keiner Haushaltgröße unter dem Durchschnitt?!

Wegen der bereits erwähnten Problematik der vorstehenden Durchschnittswerte von Einnahmen und Ausgaben soll im Folgenden der Einfluss bestimmter Konstellationen auf die Struktur der Haushaltsbudgets etwas näher betrachtet werden. Neben Haushaltgröße und Zusammensetzung des Haushalts (Haushaltstyp) können insbesondere die soziale

Stellung oder das Alter der Bezugsperson (dazu sind derzeit auf Landesebene allerdings noch keine Daten verfügbar), die Anzahl der Einkommensbezieher und das erzielte monatliche Haushaltsnettoeinkommen von Bedeutung sein. Dabei wäre zweifellos eine Kombination dieser Merkmale das erstrebenswerte Ziel, um die tatsächlichen Verhältnisse für möglichst viele Haushalte und nicht nur für die einzelnen Klassifikationen widerspiegeln zu können. Für ein Land in der Größe Hessens ist dies jedoch bei dem geringen Stichprobenumfang nicht zu erreichen. So muss bei der Interpretation beachtet werden, dass bei Ergebnissen, die nach nur einem Gliederungsmerkmal geschichtet sind, mögliche Korrelationen zwischen verschiedenen Merkmalen nicht immer zu erkennen sind. Das kann zu unterschiedlichen Erklärungsansätzen führen, auch wenn es sich in der Realität um den gleichen Kreis von Haushalten handeln sollte. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, Einpersonenhaushalte mit niedrigem Einkommen häufig mit Haushalten von Nichterwerbstätigen identisch. Die ermittelten Sachverhalte sind also anschließend nur für jeweils eine Dimension kommentiert, während auf zwei- oder gar mehrdimensionale Verknüpfungen verzichtet werden muss. Die hochgerechnete Anzahl

Monatliche Einkommen, Einnahmen nach Haushaltgröße, sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers,

Lfd. Nr.	Art der Angabe	Hochgerechnete Anzahl der Haushalte	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit				Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit		Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (einschl. Mietwert der Eigentümerwohnung)		Einnahmen aus öffentlichen Transferzahlungen		Einnahmen aus nicht-öffentlichen Transferzahlungen	
			zusammen		darunter des Haupteinkommensbeziehers		DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾	DM	% ²⁾
			1000	DM	% ²⁾	DM								
1	Haushalte insgesamt	2 674	3 889	54,6	3 121	43,8	482	6,8	1 017	14,3	1 422	20,0	313	4,4
Nach der														
2	1 Person	915	2 041	48,6	2 041	48,6	(224)	(5,3)	478	11,4	1 215	28,9	239	5,7
3	2 Personen	922	3 731	48,8	2 743	35,9	527	6,9	1 173	15,3	1 855	24,3	357	4,7
4	3 Personen	392	5 517	60,7	4 134	45,5	514	5,7	1 397	15,4	1 233	13,6	435	4,8
5	4 Personen	323	6 655	66,2	5 245	52,1	774	7,7	1 395	13,9	968	9,6	265	2,6
6	5 oder mehr Personen	122	6 389	57,9	5 192	47,1	(1 204)	(10,9)	1 652	15,0	1 510	13,7	278	2,5
Nach der sozialen Stellung														
7	Selbstständige ⁴⁾	169	1 404	13,7	.	.	6 019	58,8	2 108	20,6	499	4,9	(210)	(2,1)
8	Beamte	124	7 509	73,4	6 110	59,7	(262)	(2,6)	1 402	13,7	741	7,2	322	3,1
9	Angestellte	867	7 484	78,6	6 299	66,1	162	1,7	1 030	10,8	594	6,2	256	2,7
10	Arbeiter	456	5 437	76,6	4 404	62,1	(107)	(1,5)	787	11,1	566	8,0	200	2,8
11	Nichterwerbstätige	1 057	246	5,7	108	2,5	(47)	(1,1)	886	20,6	2 698	62,7	425	9,9
Nach dem monatlichen														
12	Unter 1 800 DM	215	(491)	(29,9)	(466)	(28,3)	871	53,0	(157)	(9,5)
13	1 800 bis unter 2 500 DM	250	(997)	(38,1)	(893)	(34,1)	.	.	(117)	(4,5)	1 240	47,3	(206)	(7,9)
14	2 500 bis unter 3 500 DM	389	1 968	51,9	1 871	49,3	(69)	(1,8)	267	7,0	1 168	30,8	322	8,5
15	3 500 bis unter 5 000 DM	529	2 539	48,8	2 268	43,6	(198)	(3,8)	637	12,2	1 554	29,9	274	5,3
16	5 000 bis unter 7 000 DM	580	4 276	56,9	3 510	46,7	405	5,4	1 129	15,0	1 474	19,6	238	3,2
17	7 000 bis unter 10 000 DM	435	6 671	61,8	4 969	46,0	540	5,0	1 703	15,8	1 568	14,5	311	2,9
18	10 000 bis unter 35 000 DM	276	9 260	53,7	6 874	39,9	2 393	13,9	3 046	17,7	1 781	10,3	762	4,4
Nach dem														
19	Alleinlebende Frau	593	1 685	43,6	1 685	43,6	(91)	(2,4)	444	11,5	1 389	35,9	256	6,6
20	Alleinlebender Mann	322	2 697	56,0	2 697	56,0	(469)	(9,7)	543	11,3	896	18,6	209	4,3
21	Alleinerziehende ⁵⁾	78	2 485	54,4	2 472	54,2	.	.	(419)	(9,2)	920	20,2	653	14,3
22	(Ehe-)Paar ohne Kind	800	3 786	47,3	2 730	34,1	582	7,3	1 288	16,1	1 995	24,9	356	4,4
23	(Ehe-)Paar mit Kind(ern) ⁵⁾	479	6 199	66,4	5 216	55,9	780	8,4	1 143	12,2	905	9,7	305	3,3

1) Einnahmen aus Vermögensumwandlung, Kreditaufnahme, Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen. — 2) Anteil am unter 18 Jahren.

der jeweils zu einer Gruppierung gehörenden Haushalte ist in die Tabelle aufgenommen, um ihre Gewichtung am „Durchschnittshaushalt“ zu verdeutlichen.

Bei einem Blick auf die Untergliederung nach der *Haushaltsgröße* fällt besonders ins Auge, dass sich das Bruttoeinkommen gegenüber 1993 in keiner der fünf Klassifizierungen weniger als in einem Durchschnittshaushalt erhöht hat, sondern im Gegenteil meist deutlich stärker, bei den Haushalten mit mindestens fünf Personen mit über 22 % sogar um fast den doppelten Wert. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich in beeindruckender Weise, wie die Verschiebung der Gewichte sich auswirken kann: Es wurden 1998 nämlich 140 000 mehr „kleine“ Haushalte (jeweils etwa zur Hälfte solche mit einer Person bzw. mit zwei Personen) gezählt als fünf Jahre davor. Demgegenüber ist die Zahl der Haushalte mit mindestens drei Personen um 67 000 zurückgegangen. Vor allem die um 2925 DM unter dem Gesamtdurchschnitt liegenden Bruttoeinkommen der 915 000 Alleinstehenden — gut ein Drittel aller Haushalte — haben dessen Betrag nach unten gedrückt. Die Struktur des Bruttoeinkommens weicht zudem bei den kleineren Haushalten

mit relativ niedrigen Arbeitseinkommen und dafür höheren Transfereinnahmen deutlich von den anderen ab, weil es sich bei ihnen häufiger um Rentnerhaushalte handelt. Erhebliche Unterschiede waren aber gerade bei diesen beiden Positionen zwischen alleinlebenden Frauen und Männern festzustellen. So war bei Ersteren wegen der größeren Zahl von Rentnerinnen der Anteil der Transferzahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen mit über 42 % fast so hoch wie derjenige der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit. Diese erreichten bei den alleinlebenden Männern dagegen einen Anteil von 56 %, während auf Transferleistungen nicht einmal ein Viertel des Bruttoeinkommens entfiel. Bei den Vier-Personen-Haushalten hat sich durch einen relativ hohen Anteil an Steuern und Sozialabgaben das *Nettoeinkommen* gegenüber 1993 am wenigsten erhöht. Diese Haushaltsgruppe scheint auch ansonsten in der ungünstigsten Situation zu sein, da ihr Gesamtbudget mit 11 900 DM nur um gut 200 DM über dem von Drei-Personen-Haushalten lag. Dementsprechend waren bei ihr auch die Ausgaben für Vermögensbildung mit einem Anteil von nur 18 % relativ deutlich geringer als bei allen anderen Haushaltsgrößen.

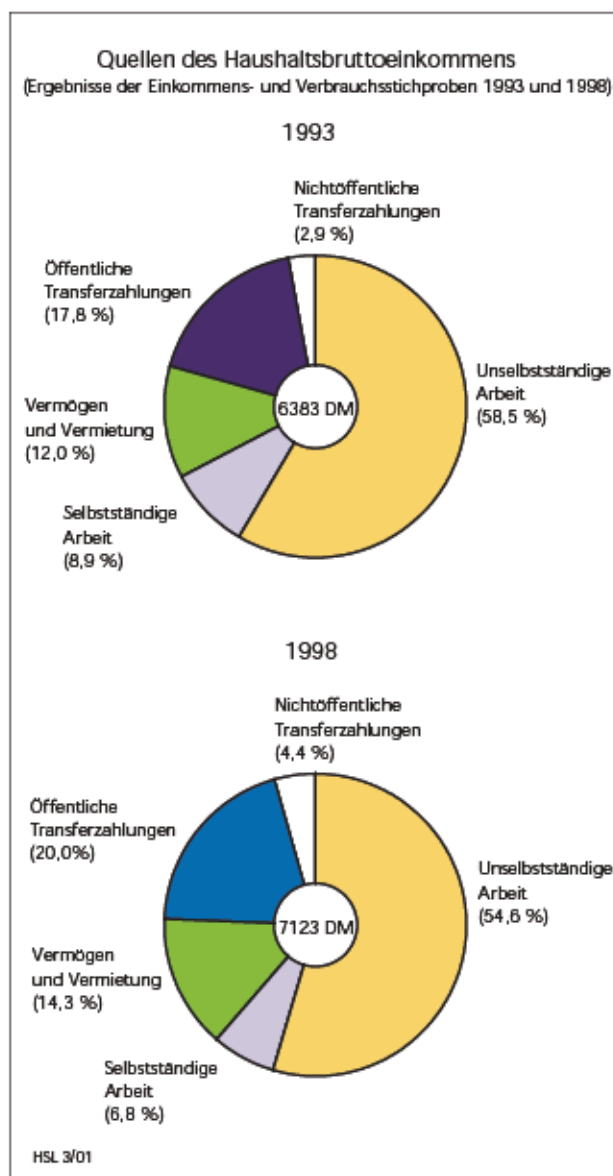
sowie Ausgaben privater Haushalte 1998
monatlichem Haushaltsnettoeinkommen sowie Haushaltstyp

Haushaltsbruttoeinkommen		Abzüge für Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung		Haushaltsnettoeinkommen		Weitere Einnahmen ¹⁾	Haushaltsbudget			Aufwendungen für den privaten Verbrauch		Sonstige Ausgaben				Lfd. Nr.
insgesamt	Veränderung gegenüber 1993			insgesamt	Veränderung gegenüber 1993		insgesamt	Veränderung gegenüber 1993	insgesamt			Veränderung gegenüber 1993	zusammen	darunter Ausgaben für die Vermögensbildung		
DM	%	DM	% ²⁾	DM	%	DM	DM	%	DM	% ³⁾	DM	% ³⁾	DM	% ³⁾		
7 123	11,6	1 500	21,1	5 623	10,5	1 949	9 071	10,2	4 335	47,8	3 236	35,7	2 101	23,2	1	
Haushaltsgröße																
4 198	14,3	900	21,4	3 299	13,0	1 483	5 682	15,3	2 639	46,4	2 143	37,7	1 421	25,0	2	
7 643	13,3	1 555	20,3	6 089	13,2	2 071	9 715	9,7	4 790	49,3	3 370	34,7	2 279	23,5	3	
9 095	11,6	1 905	20,9	7 189	11,8	2 597	11 693	14,0	5 380	46,0	4 406	37,7	2 761	23,6	4	
10 058	12,0	2 287	22,7	7 771	8,0	1 844	11 901	3,1	5 811	48,8	3 803	32,0	2 155	18,1	5	
11 032	22,5	2 200	19,9	8 832	19,5	2 903	13 935	28,2	6 363	45,7	5 372	38,6	3 611	25,9	6	
des Haupteinkommensbeziehers																
10 241	4,5	1 401	13,7	8 840	7,9	(4 219)	14 460	7,5	5 566	38,5	7 493	51,8	4 521	31,3	7	
10 236	17,5	1 824	17,8	8 412	17,3	3 277	13 513	18,6	6 430	47,6	5 259	38,9	3 530	26,1	8	
9 526	11,0	2 764	29,0	6 763	7,9	2 290	11 816	5,6	4 914	41,6	4 138	35,0	2 666	22,6	9	
7 097	7,7	1 905	26,8	5 192	5,9	1 341	8 437	7,7	4 326	51,3	2 206	26,1	1 381	16,4	10	
4 301	10,5	267	6,2	4 034	13,1	1 411	5 712	11,8	3 422	59,9	2 023	35,4	1 394	24,4	11	
Haushaltsnettoeinkommen																
1 644	.	264	16,1	1 380	.	(466)	2 110	.	1 499	71,0	347	16,4	(196)	(9,3)	12	
2 619	.	413	15,8	2 206	.	(577)	3 197	.	2 218	69,4	566	17,7	211	6,6	13	
3 794	5,3	809	21,3	2 986	0,1	927	4 722	5,3	2 953	62,5	960	20,3	546	11,6	14	
5 202	0,0	990	19,0	4 212	0,3	1 526	6 729	2,2	3 704	55,0	2 035	30,2	1 289	19,2	15	
7 521	.	1 631	21,7	5 890	.	2 307	9 828	.	4 557	46,4	3 640	37,0	2 524	25,7	16	
10 793	.	2 496	23,1	8 297	.	2 969	13 761	.	6 114	44,4	5 151	37,4	3 484	25,3	17	
17 242	4,6	3 556	20,6	13 686	5,5	4 341	21 583	-4,8	8 359	38,7	9 668	44,8	5 986	27,7	18	
Haushaltstyp																
3 865	14,1	780	20,2	3 085	11,0	1 063	4 927	2,8	2 639	53,6	1 508	30,6	934	19,0	19	
4 812	13,9	1 119	23,3	3 694	15,7	2 257	7 071	36,2	2 639	37,3	3 313	46,9	2 318	32,8	20	
4 564	-10,0	850	18,6	3 714	-10,7	(994)	5 557	-15,2	3 354	60,4	1 353	24,3	793	14,3	21	
8 007	.	1 601	20,0	6 407	.	2 270	10 277	.	5 016	48,8	3 660	35,6	2 505	24,4	22	
9 332	.	2 102	22,5	7 230	.	2 637	11 969	.	5 428	45,4	4 439	37,1	2 643	22,1	23	

Haushaltsbruttoeinkommen. — 3) Anteil am Haushaltsbudget. — 4) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte. — 5) Mit Kind(ern)

Die Darstellung der nach der *sozialen Stellung* der Bezugsperson gegliederten Ergebnisse zeigt, dass sich im Durchschnitt der rund 170 000 hessischen „Selbstständigen-Haushalte“ (einschl. Landwirten) das monatliche Gesamtbudget auf knapp 14 500 DM belief. Davon entfiel aber mit 6000 DM nicht einmal jede zweite Mark auf Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit. Immerhin ein Zehntel des Budgets wurde auch in diesen Haushalten aus Einkommen für unselbstständige Arbeit bestritten, meist durch die Ehegatten, zu einem geringeren Teil aber auch durch Kinder oder die Bezugspersonen — im Nebenerwerb — selbst. Einkommen aus Vermögen waren bei ihnen mit 15 % des Gesamtbudgets überdurchschnittlich hoch, vor allem wegen des großen Bestands an Eigenheimen und entsprechender fiktiver Mietwerte. Bei Arbeitnehmer-Haushalten trugen dagegen grundsätzlich die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit mit weitem Abstand den größten Anteil zum Budget bei, und zwar bei den 124 000 Haushalten von Beamten zu reichlich 55 % sowie bei den 867 000 von Angestellten und den 456 000 Haushalten von Arbeitern zu jeweils knapp zwei Dritteln. Vom Haushaltsbruttoeinkommen bezogen alle drei Arbeitnehmergruppen jeweils rund drei Viertel aus ihrem Arbeitsentgelt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass in den Arbeiterhaushalten der *Betrag* dafür mit gut 5400 DM im Monat um über 2000 DM niedriger lag als in den Haushalten von Beamten und Angestellten. Die weit über eine Million Haushalte von Nichterwerbstätigen bestritten im Durchschnitt mehr als die Hälfte ihres Budgets von insgesamt 5700 DM aus Transferzahlungen, darunter zu fast neun Zehnteln aus öffentlichen Kassen. Von ihrem Bruttoeinkommen waren es sogar fast drei Viertel. Der Anteil des Einkommens aus Vermögen am Gesamtbudget war bei ihnen sogar etwas höher als bei den Selbstständigen, während er bei den verschiedenen Arbeitnehmer-Haushalten deutlich darunter lag. Viel wichtiger als die Einnahmen aus Vermögen waren für das Gesamtbudget, und zwar in allen Gruppen von Haushalten, die Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme sowie Verkäufen (z. B. eines gebrauchten Autos); bei Selbstständigen, Beamten und Nichterwerbstätigen machten sie sogar jeweils gut bzw. rund ein Viertel aus. Der absolute Betrag dieser Einnahmen war jedoch bei Letzteren mit gut 1400 DM noch nicht einmal halb so hoch wie bei den Haushalten von Beamten mit knapp 3300 DM. Noch niedriger waren derartige Einnahmen allerdings in Arbeiterhaushalten, sodass sie an deren Budget nur einen Anteil von 16 % hatten.

Bei der Betrachtung nach Klassen des monatlichen *Haushaltsnettoeinkommens* — wobei die Veränderungen gegenüber 1993 wegen anderer Abstufungen in der Tabelle nicht immer nachgewiesen werden können — sind bei den einzelnen Einnahmearten eindeutige Abhängigkeiten der strukturellen Verteilung von der Höhe des Einkommens sichtbar. In erster Linie sind hier die Einnahmen aus öffentlichen Transferzahlungen zu nennen, deren An-



teile mit steigendem Einkommen stetig absinken. Bei den 276 000 Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 10 000 bis unter 35 000 DM war zwar im Durchschnitt der erhaltene Betrag mit knapp 1800 DM über doppelt so hoch wie bei den 215 000 Haushalten mit einem Einkommen von unter 1800 DM; der entsprechende Anteil am Bruttoeinkommen betrug bei ihnen aber nur ein Zehntel gegenüber gut der Hälfte bei den „Geringverdienern“. Schon bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen ab 2500 DM war er auf unter ein Drittel gesunken. Ab dieser Einkommensklasse war das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit stets die wichtigste Einnahmequelle, auch wenn es — anders als zum Teil noch 1993 — in keiner Gruppe die Hälfte des Gesamtbudgets erreichte. Parallel zur Höhe des Haushaltsnettoeinkommens verliefen dagegen die Einnahmen aus Vermögen und Vermietung (einschl. Mietwert der Eigentümerwohnung) mit Anteilen von unter 5 bis zu fast 18 % des jeweiligen Bruttoeinkommens.

Die Bruttoeinkommen trugen bei den einzelnen Haushaltsgruppen jedoch nur zu etwa vier Fünfteln, in den beiden Einkommensklassen zwischen 3500 und 7000 DM sogar noch etwas weniger, zum Gesamtbudget bei. Letzteres war bei den Haushalten mit „Spitzeneinkommen“ ab 10 000 DM im Monat mit durchschnittlich über 21 500 DM zehnmal so hoch wie bei den Geringverdienern. Der Rest wurde jeweils durch Einnahmen aus der Umwandlung von Geld- oder Sachvermögen, Kreditaufnahme oder Warenverkäufe bestritten, auf die zusammen Beträge zwischen rund 470 und 4340 DM entfielen.

Privater Verbrauch meist größter Ausgabeposten

Abschließend sei noch ein kurzer Blick auf die wichtigsten Ausgabepositionen der verschiedenen Haushaltsgruppierungen geworfen. Mit wenigen Ausnahmen standen dabei die Aufwendungen für den privaten Verbrauch deutlich im Vordergrund, bei der Untergliederung nach *Haushaltsgrößen* in allen Klassen. Die Schwankungsbreite war hier mit Anteilwerten zwischen rund 46 und gut 49 % außerordentlich gering. Etwas anders sah es schon bei der Untergliederung nach der *sozialen Stellung* der Bezugsperson aus: Haushalte von Nichterwerbstätigen gaben drei Fünftel ihres Budgets für den privaten Verbrauch aus, Haushalte von Selbstständigen nicht einmal zwei Fünftel. Unter den Arbeitnehmerhaushalten waren die von Arbeitern mit über 51 % relativ am stärksten durch Verbrauchsausgaben belastet, die von Angestellten am geringsten (knapp 42 %). Ähnlich war die Bandbreite bei den *Haushaltstypen*, wo einer hohen Belastung der Alleinerziehenden eine relativ geringe der alleinlebenden Männer gegenüberstand. Am deutlichsten waren allerdings die Unterschiede bei den Klassen des monatlichen *Haushaltsnettoeinkommens*: Während in der niedrigsten Einkommensklasse 71 % des Budgets für den privaten Ver-

brauch verwendet wurden, waren es in der höchsten nicht einmal 39 %.

In Abhängigkeit zu den Aufwendungen für den privaten Verbrauch lagen die Anteile der „sonstigen“ Ausgaben, zum größten Teil solche für Vermögensbildung, bei der Gliederung nach dem Nettoeinkommen am weitesten auseinander. Besonders hoch waren sie zudem bei den Haushalten von Selbstständigen wegen ihrer speziellen Altersvorsorge und bei den alleinlebenden Männern, auffallend niedrig dagegen bei den Arbeiterhaushalten und den Alleinerziehenden.

Auf diese beiden bisher beschriebenen Ausgabearten zusammen entfielen in nahezu allen Untergliederungen über vier Fünftel der jeweiligen Gesamtbudgets. Der Rest der „Ausgaben“ besteht in unterschiedlicher Zusammensetzung aus Steuern und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung, die meistens schon vom Bruttoeinkommen abgezogen werden. Der Anteil dieser Abzüge vom Bruttoeinkommen bewegte sich bei allen Haushaltsgrößen und -typen sowie fast allen Einkommensgruppen in der Nähe von 20 %. Mit 16 % war er nur bei den beiden Gruppen mit geringerem Einkommen deutlich niedriger. Dass dies auf den größeren Anteil von Rentnerhaushalten unter den geringer Verdienenden zurückzuführen ist, zeigt sich daran, dass die Haushalte von Nichterwerbstätigen nur 6 % ihres Bruttoeinkommens für Steuern und Sozialversicherung zu zahlen hatten. Vor allem wegen nicht oder nur in geringem Umfang zu leistender Sozialabgaben waren auch die Haushalte von Selbstständigen mit knapp 14 % und Beamten mit 18 % wesentlich weniger belastet als der Durchschnitt. Dagegen mussten die Haushalte von Angestellten und Arbeitern 29 bzw. fast 27 % ihrer Bruttobezüge für Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abführen. □

Nur geringer Verdienstanstieg bei Gesellen und Arbeitern im Handwerk

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Gesellen und Arbeiter in zehn ausgewählten Handwerkszweigen¹⁾ in Hessen lag im Mai 2000 bei 23,81 DM und der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst bei 4039 DM. Das waren jeweils 0,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Der Anstieg des für das Arbeitseinkommen entscheidenden Bruttomonatsverdienstes gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres war damit im Mai 2000 im Handwerk nur geringfügig höher als im Mai 1999 (+ 0,7 %), aber deutlich niedriger als im Mai 1998 (+ 1,4 %). Die Gesellen der jeweiligen handwerklichen Fachrichtung verdienten im Mai 2000 im Durchschnitt 24,16 DM brutto je Stunde und 4091 DM brutto je Monat. Die übrigen Arbeiter hatten im Durchschnitt 21,12 DM bzw. 3636 DM.

Wegen der zum 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Senkung der Rentenversicherungsbeiträge sind die Nettoverdienste etwas stärker als die Bruttoverdienste gestiegen. Da die Verbraucherpreise aber von Mai 1999 bis Mai 2000 um 1,5 % zugenommen haben²⁾, dürften nur die Elektroinstallateure, für die der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst in dieser Zeit um 3,6 % gestiegen ist, die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit einer Zunahme um 3,0 %, die Tischler mit + 2,0 % sowie die Gas- und Wasserinstallateure mit + 1,8 % einen realen Verdienstanstieg erzielt haben. Bei den Fleischern (+ 0,3 %), den Malern und Lackierern (+ 0,4 %) und

den Kraftfahrzeugmechanikern (+ 1,4 %) konnte die Zunahme des Bruttomonatsverdienstes den Preisanstieg nicht oder nur zum Teil kompensieren. Für die Klempner (- 0,8 %), die Metallbauer (- 1,6 %) und die Bäcker (- 2,5 %) ging dieser Verdienst sogar zurück.

Unter den erfassten Handwerkszweigen haben im Mai 2000 die Maler und Lackierer trotz einer unterdurchschnittlichen Verdienststeigerung die höchsten Bruttomonatsverdienste erzielt. Auf Platz zwei lagen die Gas- und Wasserinstallateure. Es folgten die Metallbauer, die Tischler, die Klempner sowie die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer. Die Elektroinstallateure nahmen im Mai 2000 Rang sieben, die Kraftfahrzeugmechaniker Rang acht und die beiden letzten Plätze die Bäcker und Fleischer ein.

Wegen der unterschiedlichen Länge der Wochenarbeitszeit ist die entsprechende Rangfolge bei den Stundenverdiensten außer bei den Bäckern und Fleischern, die auch hier auf den beiden letzten Plätzen liegen, anders. Die größte Abweichung gab es bei den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern, die bei den Stundenverdiensten auf Rang drei (statt Rang sechs bei den Monatsverdiensten) lagen. Die im Durchschnitt bezahlte Wochenarbeitszeit (einschl. Mehrarbeit) schwankte zwischen 37,7 Stunden für die Kraftfahrzeugmechaniker und 39,9 Stunden für die Tischler.

Theo Hefner*)

*) Tel.: 0611/3802-635 · E-Mail: thefner@hsl.de

1) Maler und Lackierer, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Klempner, Gas- und Wasserinstallateure, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Elektroinstallateure, Tischler, Bäcker und Fleischer.

2) Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen.

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der Gesellen und Arbeiter in ausgewählten Handwerkszweigen im Mai 2000

Gewerbezweig ¹⁾	Bezahlte Wochenarbeitszeit	darunter Mehrarbeit je Woche	Bruttoverdienste in DM		Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 1999 in %	
			Stunden	je Stunde	je Monat	Bruttostundenverdienst
Gas- und Wasserinstallateure	38,4	0,9	25,26	4 221	2,5	1,8
Maler und Lackierer	39,1	0,2	25,11	4 273	1,4	0,4
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	38,5	0,9	24,55	4 107	2,9	3,0
Klempner	38,7	0,5	24,48	4 117	0,3	- 0,8
Metallbauer	39,7	1,9	24,26	4 187	- 1,0	- 1,6
Tischler	39,9	1,4	23,81	4 134	0,3	2,0
Kraftfahrzeugmechaniker	37,7	0,4	23,55	3 858	1,2	1,4
Elektroinstallateure	39,2	1,5	23,21	3 959	1,8	3,6
Bäcker	39,8	1,5	21,58	3 733	- 0,8	- 2,5
Fleischer	39,2	0,1	20,86	3 559	0,1	0,3
Alle erfassten Gewerbezweige	39,0	1,0	23,81	4 039	0,8	0,8

1) Geordnet nach der Höhe des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes.

Gerhard-Fürst-Preis 2001 des Statistischen Bundesamtes

— Auslobung —



Auch in diesem Jahr lobt das Statistische Bundesamt den Gerhard-Fürst-Preis für Dissertationen bzw. Diplom-/Magisterarbeiten aus, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder die empirische Fragestellungen unter Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Es kann sich dabei ebenso um Arbeiten aus der theoretischen Statistik oder aus der Wirtschafts- und Sozialstatistik handeln wie um wirtschaftswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche Abhandlungen. Mit der Vergabe dieses Preises soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik und die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der universitären Ausbildung intensiviert werden.

Der Preis ist mit 5 000 Euro für eine Dissertation bzw. mit 2 500 Euro für eine Examensarbeit dotiert. Darüber hinaus können prämierte Arbeiten - ggf. auszugsweise - in der Veröffentlichungsreihe des Statistischen Bundesamtes „Spektrum Bundesstatistik“ publiziert werden. In jedem Fall sollen die Preisträger über ihre Arbeit einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen.

In Ausnahmefällen können die Preisgelder auch zwischen mehreren preiswürdigen Arbeiten geteilt werden. Das mit der Bewertung der eingereichten Arbeiten beauftragte Gutachtergremium, dem Professor Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg in der Schweiz, Professor Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Professor Ullrich Heilemann vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, Professor Johannes Huinink von der Universität Rostock, Professor Walter Müller von der Universität Mannheim und Professor Werner Neubauer von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main angehören, hat die Möglichkeit, sehr gute Arbeiten, die dem hohen Anspruch des Preises nicht voll gerecht werden, mit einem Förderpreis auszuzeichnen. Es kann mit der Preisverleihung aussetzen, wenn ihm keine der eingereichten Arbeiten prämiierungswürdig erscheint.

Im vergangenen Jahr haben die Gutachter entschieden, den Gerhard-Fürst-Preis in der Abteilung „Dissertationen“ aufzuteilen. Die Juroren befanden die Arbeiten von Werner Bönnte „Der Einfluß industrieller Forschung und Entwicklung auf die Produktivitätsentwicklung in der deutschen Industrie“ (Universität Hamburg) und von Klaus Eberl „Theorie und Empirie der Geldnachfrage: Eine saisonale Kointegrationsanalyse liquiditätsorientierter Geldmengen“ (Katholische Universität Eichstätt) gleichermaßen für preiswürdig. Daneben wurde die Dissertation von Leontine von Kulmiz zum Thema „Die geringere Entlohnung weiblicher Arbeitnehmer, Lohndifferenzierung oder Lohndiskriminierung?“ (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) mit einem Förderpreis ausgezeichnet.

In der Abteilung „Diplom- und Magisterarbeiten“ wurde die Arbeit „Potentiale der Nutzung von Ausgabedaten in der empirischen Armutsforschung – Bedarfsschätzung und Messung von Armut auf

Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993“ (Universität Bielefeld) von Henning Lohmann prämiert.

Die Preise wurden am 23. November 2000 auf dem gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Wiesbaden veranstalteten 9. Wissenschaftlichen Kolloquium zum Thema „Familien und Haushalte in Deutschland – Statistische Grundlagen, wissenschaftliche Erkenntnisse“ verliehen.

Für den Gerhard-Fürst-Preis 2001 in Frage kommende deutsch- oder englischsprachige Arbeiten können ausschließlich von den sie betreuenden Wissenschaftlern für eine Prämierung vorgeschlagen werden. Sie müssen dazu in den beiden davor liegenden Jahren mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sein (dies muss aus den eingereichten Unterlagen hervorgehen) und dürfen nicht bereits anderweitig für eine Prämierung eingereicht oder ausgezeichnet worden sein. Hierüber muss eine schriftliche Erklärung des Autors bzw. der Autorin abgegeben werden. Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Die Urheberrechte bleiben unberührt.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung des vorschlagenden Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf des Autors oder der Autorin und eine schriftliche Erklärung, dass mit der Arbeit kein geistiges Eigentum verletzt wurde und jede verwendete Literatur angegeben ist, sofern eine derartige Erklärung nicht bereits in der eingereichten Arbeit enthalten ist.

Die vorgeschlagene Arbeit muss fünffach und die übrigen Unterlagen müssen in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse eingereicht werden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und
Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Examens- bzw. Doktorarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als unter Windows verarbeitbare Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die eingereichten Unterlagen werden nicht zurückgegeben. **Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2001.** Themenvorschläge für zukünftig zu bearbeitende Examens- und Doktorarbeiten können u.a. dem Forschungs- und Entwicklungsplan des Statistischen Bundesamtes entnommen werden, der im Internet abgerufen werden kann (www.statistik-bund.de). Selbstverständlich sind aber auch andere Themen möglich.

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter
Tel.: 0611 – 75 – 2695 · E-mail: institut@statistik-bund.de

- Im Mai 2000 waren 68 % der 2,75 Mill. hessischen *Erwerbstätigen* im *Dienstleistungsbereich* beschäftigt. Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2000 zeigen, dass nur noch gut 30 % der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und knapp 2 % in der Land- und Forstwirtschaft arbeiteten. Gegenüber 1990 sind in der Wirtschaftsstruktur kräftige Verschiebungen eingetreten. Damals arbeiteten 59 % der hessischen Erwerbstätigen im tertiären Sektor, 38 % im Produzierenden Gewerbe und knapp 3 % in der Land- und Forstwirtschaft. Bei der Beschäftigung von Männern und Frauen bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Wirtschaftsbereichs. Während bei den Männern die Relation der Erwerbstätigen zwischen Dienstleistungsbereich und Produzierendem Gewerbe im vergangenen Jahr 57 zu 41 % betrug, arbeiteten bereits 82 % der berufstätigen Frauen im tertiären Sektor und nur 17 % im Produzierenden Gewerbe. Im Zehnjahresvergleich wird die Verschiebung vom Produzierenden Gewerbe zum Dienstleistungsbereich auch hier deutlich: Lag 1990 bei den männlichen Erwerbstätigen das Produzierende Gewerbe (48 %) nur knapp hinter dem tertiären Sektor (50 %), waren bereits 72 % der Frauen im Dienstleistungsbereich und nur 24 % im Produzierenden Gewerbe beschäftigt.

- In den ersten drei Monaten des Jahres 2000 erblickten in Hessen 1090 nichtdeutsche Kinder das Licht der Welt. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1999, als 2339 *Kinder ausländischer Eltern* geboren wurden, ist dies ein Rückgang um mehr als 53 %. Die starke Abnahme ist überwiegend durch das neue Staatsangehörigkeitsrecht bedingt. Danach gelten seit Anfang 2000 diejenigen Neugeborenen mit ausländischen Eltern als Deutsche, deren Väter oder Mütter seit acht Jahren den gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen. Nach den Feststellungen der beurkundenden Standesbeamten waren diese Voraussetzungen bei 1043 neu Geborenen erfüllt. Damit erhöhte sich die Zahl der deutschen lebend Geborenen im ersten Vierteljahr 2000 gegenüber dem ersten Quartal 1999 um knapp 10 % auf 11 763. Ohne Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wäre die Zahl der deutschen lebend Geborenen unverändert geblieben. Die der ausländischen neu Geborenen hätte sich im ersten Quartal 2000 um knapp 9 % auf 2133 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1999 verringert.

- Im Mai 2000 waren 67 % der hessischen Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) berufstätig. Nach ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2000 betrug der Anteil der erwerbstätigen Männer an der männlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 75 %, während die entsprechende *Erwerbstätigenquote* der Frauen 59 % ausmachte. Im Vergleich zu 1990 nahm die Erwerbstätigenquote der

Bevölkerung um einen Prozentpunkt ab. Diese Entwicklung ist allein auf die um 5 Prozentpunkte gesunkene Erwerbstätigenquote der Männer zurückzuführen, während sich der entsprechende Anteil bei den Frauen um 3 Prozentpunkte erhöhte. Bei den Männern sind im Zehnjahreszeitraum besonders die Erwerbstätigenquoten in den unteren und oberen Altersgruppen gesunken, was vor allem durch längere Ausbildungszeiten und früheren Übergang in den Ruhestand verursacht wurde. So ging die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 20-jährigen Männer von 43 auf 30 % und die Quote der 50- bis unter 55-Jährigen von 78 auf 69 % zurück. Demgegenüber nahmen bei den Frauen von 1990 bis 2000 die Erwerbstätigenquoten nur in den beiden Altersgruppen der 15- bis unter 20-Jährigen sowie der 20- bis unter 25-Jährigen — auf Grund längerer Ausbildungszeiten — um 10 bzw. 8 Prozentpunkte ab. In allen anderen Altersgruppen wurden jedoch im Jahr 2000 höhere Erwerbstätigenquoten als vor zehn Jahren festgestellt. Besonders auffällig ist die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen in den Altersgruppen der 30- bis unter 60-Jährigen. Hier waren auf Grund des geänderten Erwerbsverhaltens die Quoten im Jahre 2000 im Allgemeinen um jeweils 7 Prozentpunkte höher als 1990. Die höchste Erwerbstätigenquote wurde mit 75 % bei den 40- bis unter 45-Jährigen festgestellt. Nach Unterbrechung wegen Kindererziehung und Familienarbeit kehren Frauen folglich verstärkt in den Arbeitsprozess zurück.

- Eine zum Jahresende 1999 erstmals bei allen *ambulanten* und *stationären Pflegeeinrichtungen* im Land Hessen durchgeführte Erhebung, mit der Daten über deren personelle Ausstattung sowie die dort betreuten Pflegebedürftigen ermittelt wurden, lieferte jetzt erste Eckzahlen, die einen Einblick in den derzeitigen pflegerischen Versorgungsgrad ermöglichen. Danach wurden zum Jahresende 1999 in den rund 620 Pflegeheimen in Hessen ca. 37 500 Pflegebedürftige versorgt. Knapp 30 % der dort Betreuten waren der Pflegestufe I zugeordnet, gut 40 % gehörten der Pflegestufe II an und knapp 30 % der Pflegestufe III einschl. der Härtefälle. Knapp 3 % waren bisher durch den hierfür zuständigen Medizinischen Dienst der Krankenkassen noch keiner Pflegestufe zugeordnet worden. In den stationären Einrichtungen arbeiteten rund 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen rund 44 % teilzeitbeschäftigt waren. Im ambulanten Bereich wurden fast 30 000 Pflegebedürftige durch 860 Pflegedienste betreut. Jeweils rund 40 % der Pflegebedürftigen waren den Pflegestufen I und II zugeordnet, die übrigen knapp 20 % der Pflegestufe III einschl. der Härtefälle. Insgesamt gab es in den ambulanten Pflegediensten rund 13 000 Beschäftigte, davon arbeiteten knapp zwei Drittel als Teilzeitkraft. Detailliertere Informationen zur Betreuungssituation in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden voraussichtlich im Frühjahr des Jahres veröffentlicht. Dann wird auch ein Verzeichnis mit den Anschriften der Einrichtungen verfügbar sein.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags- einkangs ²⁾			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
				Grundzahlen ¹¹⁾								
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 786
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
1999 3. Vj. D	98,2	94,9	104,4	466 103	92,0	38 270	98,1	105,4
Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,3	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,0	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,4	105,5
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,6	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,8	106,6	228 678	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,2	106,4
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	104,0	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	111,1	103,7	124,9	457 918	140,4	35 914	113,1	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,8	93,4	128,6	459 850	84,0	35 764	96,5	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,9	96,4	120,5	458 500	96,6	35 820	104,5	106,6
Juli	100,7	94,4	112,4	460 846	102,4	35 806	97,1	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096
August	105,6	103,2	110,0	462 698	74,6	35 922	101,6	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	113,2	101,4	135,0	462 538	110,6	35 878	101,1	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,5	99,7	119,1	462 027	95,9	35 869	99,9	107,5
Oktober	108,0	98,1	129,9	461 202	85,5	36 072	103,5	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,3	100,1	129,0	461 123	76,0	35 726	111,2	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
1999 3. Vj.	- 7,6	- 10,8	- 1,7	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,0	1,0
Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,4	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,8	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,4	1,3
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	1,9	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,6	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Mai	13,4	17,2	11,3	- 1,3	66,0	- 3,4	13,8	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,9	- 4,7	15,2	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 5,6	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,7	1,4	10,1	- 1,1	9,9	- 3,9	3,1	1,7
Juli	5,6	3,6	8,6	- 1,1	18,1	- 5,8	- 4,1	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9
August	13,5	12,3	15,9	- 0,9	- 20,8	- 6,5	7,2	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,5	- 0,4	17,7	- 0,8	16,6	- 6,6	2,7	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj. D	8,5	5,1	14,1	- 0,9	1,4	- 6,6	1,8	2,0
Oktober	6,9	1,7	14,9	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 1,7	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,9	1,4	2,5	- 2,0	27,8	- 7,3	0,2	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1999 3. Vj.	- 2,0	- 0,2	- 4,6	0,5	4,7	2,7	- 3,3	0,6
Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	-	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,7	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,1	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,1	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,6	0,9
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,0	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5
Mai	13,6	12,5	15,5	0,0	114,8	0,4	8,8	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,8	- 9,9	3,0	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,7	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,1	- 0,8	0,1	40,2	- 0,2	4,3	0,2
Juli	- 4,8	1,1	- 12,6	0,2	21,9	0,1	0,6	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5
August	4,9	9,3	- 2,1	0,4	- 27,1	0,3	4,6	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,2	- 1,7	22,7	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj. D	1,5	3,4	- 1,2	0,8	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8
Oktober	- 4,6	- 5,2	- 3,8	- 0,3	- 22,7	0,5	2,4	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	2,1	4,2	- 0,7	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,4	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
		1998	2000	1999			2000			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 038,0	6 040,5	6 042,9	6 051,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	2 006	3 489	3 518	1 894
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,3	5,4	4,0	6,8	7,1	3,7
* Lebendgeborene ³⁾	*	5 047	4 916	4 855	5 129	4 950	4 722
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,0	9,8	9,8	10,0	10,0	9,2
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	*	5 082	5 088	4 868	4 723	4 797	4 983
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,1	10,1	9,8	9,2	9,7	9,7
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	24	22	27	24	25	14
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,8	4,5	5,6	4,7	5,1	3,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	*	- 34	- 172	- 13	406	153	- 261
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	- 0,1	- 0,4	- 0,0	0,8	0,3	- 0,5
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	13 702	12 316	14 128	13 357	11 678
darunter aus dem Ausland	*	5 443	6 186	6 296	6 059	6 810	5 881	5 148
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	12 995	12 591	11 263	10 246	11 867	12 667	10 710
darunter in das Ausland	*	6 000	9 114	4 510	4 445	5 264	6 060	4 437
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	320	1 574	2 439	2 070	2 261	690	968
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	*	18 531	19 091	17 797	16 847	18 506	18 364	15 529
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	225 484	225 151	229 534	201 102	196 354	195 173	200 261
* darunter Frauen	*	105 186	96 519	102 123	101 528	101 742	92 761	90 499	89 318	89 588
Männer	*	134 071	118 356	123 361	123 623	127 792	108 341	105 855	105 855	110 673
Ausländer	*	51 080	45 177	47 950	47 914	48 612	42 144	41 830	41 875	42 699
Jugendliche unter 20 Jahren	*	5 747	5 442	5 559	5 262	5 384	5 481	4 903	4 852	4 893
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	8,8	8,8	9,0	7,5	7,3	7,3	7,5
* darunter der Frauen	*	9,1	8,0	8,8	8,7	8,8	7,5	7,3	7,2	7,3
Männer	*	9,6	8,3	8,8	8,8	9,1	7,5	7,3	7,3	7,7
Ausländer	*	17,2	14,8	16,2	16,2	16,4	13,7	13,6	13,6	13,9
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,0	5,8	7,7	7,3	7,4	5,3	4,7	4,7	4,7
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	30 339	28 924	30 376	38 139	35 763	34 950	35 012
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	*	6 396	5 156	4 857	6 113	4 355	4 924	4 783	4 518	4 523
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
* Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹⁰⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	*	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	*	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
Teilzeitbeschäftigte	*	310,0	...	307,7	310,9	315,1	316,2
darunter Frauen	*	272,5	...	271,1	273,4	275,0	274,7
darunter ausgew. Wirtschaftszweige ¹¹⁾ :										
* Bergbau	*	9,2	8,8	8,6
darunter Frauen	*	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	*	543,0	535,8	530,2
darunter Frauen	*	142,6	139,9	138,2
* Energie- und Wasserversorgung	*	17,0	17,0	17,6
darunter Frauen	*	3,0	2,9	3,2
* Baugewerbe	*	136,0	129,7	125,7
darunter Frauen	*	16,0	15,8	15,4
* Handel- und Gastgewerbe	*	388,6	384,4	382,7
darunter Frauen	*	188,0	186,1	185,4
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	144,2	144,1	144,5
darunter Frauen	*	47,8	47,8	48,2
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	139,3	138,9	139,1
darunter Frauen	*	68,7	68,4	68,4
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	249,2	250,9	253,6
darunter Frauen	*	111,1	111,5	113,2
* Öffentliche Verwaltung u. ä.	*	130,7	130,3	129,1
darunter Frauen	*	74,9	74,9	74,6
* Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	356,6	358,0	357,9
darunter Frauen	*	254,2	254,8	254,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	7 140	8 911	11 899	6 235	6 816	8 555	10 265
Kälber	"	317	341	248	437	434	306	312	417	446
Schweine	"	110 555	108 303	101 096	107 776	128 846	95 380	98 319	110 686	112 175
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	4 173	9 053	16 419	2 500	4 083	7 757	14 379
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	11 210	11 766	13 571	10 818	11 126	11 476	12 017
darunter von										
* Rindern	"	2 206	2 207	2 136	2 390	2 806	1 941	2 078	2 392	2 541
* Kälbern	"	27	30	15	43	26	33	40	46	47
* Schweinen	"	9 265	9 099	8 768	9 057	10 368	8 464	8 593	8 684	9 039
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 523	30 668	29 952	28 945	28 186	27 954	31 784	33 607	32 911
Milcherzeugung:										
* Kuhlmlcherzeugung	Tonnen	86 948	87 211	81 871	83 719	80 315	83 707	79 276	80 420	77 177
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	77 176	78 869	75 621	80 137	75 821	76 650	73 721
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	15,6	15,5	15,3	15,4	15,0	14,8	14,6
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	466,1	462,7	462,2	462,7	462,5	461,2	461,1
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	281,3	275,0	275,4	273,5	273	273,0	272,9	272,4	272,3
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 485	35 589	36 936	36 107	37 807,0	35 944	35 580	35 670	37 620
* Brutto lohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 241,0	1 259,0	1 618,5	1 275,0	1 240,0	1 288,1	1 634,2
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 363,5	1 330,3	1 842,5	1 360,1	1 371,9	1 357,7	1 856,8
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	14 095,9	13 486,4	14 084,4	13 052,6	14 529,6	14 030,8	14 644,7
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	4 800,2	4 463,9	4 696,1	4 651,8	5 381,7	5 260,5	5 559,1
Exportquote ⁵⁾	%	33,4	33,5	34,1	33,1	33,3	35,6	37,0	37,5	38,0
Index der Nettoproduktion insgesamt⁶⁾										
darunter	1991 = 100	95,1
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe⁷⁾										
darunter	1991 = 100	95,3
Chemische Industrie	"	91,8
Maschinenbau	"	84,0
Fahrzeugbau	"	107,9
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3
Volumenindex des Auftragsleistungsindex⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	3,0	- 6,8	0,6	- 1,1	7,3	13,5	6,5	6,9	1,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,9	1,4	1,4	12,0	12,0	1,0	5,1	- 0,9
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,3	6,9	- 3,0	- 0,7	21,8	10,0	8,5	8,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 8,8	- 25,1	- 3,2	9,5	8,7	12,7	13,8	- 2,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,2	- 11,0	- 5,0	13,7	- 1,8	25,7	10,4	0,6
Volumenindex des Auftragsleistungsindex nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 1,6	- 2,3	- 0,2	2,2	11,6	9,1	21,0	7,8	- 0,5
Maschinenbau	"	- 0,7	- 5,9	0,8	- 5,6	- 5,2	17,2	17,8	19,4	14,6
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 8,0	- 10,4	- 2,3	11,7	- 3,0	- 2,2	- 7,2
Herstellung von Metallzeugnissen	"	4,3	- 1,4	- 4,8	- 1,8	5,7	8,2	1,8	4,2	6,6
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	2 606,7	2 913,6	3 013,9	1 940,0	1 771,0
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 746,4	2 714,2	2 506,3	2 761,7	2 996,8	2 720,5	2 957,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	63,8	62,1	62,4	65,4	64,7	60,5	60,4	62,4	61,8
darunter										
Facharbeiter ²⁾	*	33,5	32,6	33,1	33,8	33,5	32,0	31,9	33,1	32,5
Fachwerker und Werker	*	10,2	9,8	9,7	11,1	11,0	9,7	9,7	9,5	9,5
gewerblich Auszubildende	*	3,2	3,1	3,2	3,3	3,2	2,9	2,9	3,0	3,0
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 916	5 923	6 890	6 888	6 575	6 595	6 212	6 405	6 503
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 183	2 262	2 637	2 595	2 547	2 437	2 286	2 503	2 541
gewerblichen und industriellen Bau	*	1 849	1 812	2 033	2 015	1 967	1 900	1 825	1 857	1 935
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 826	1 817	2 190	2 217	1 996	2 228	2 058	2 008	1 988
* Bruttohonorarsumme ³⁾	Mill. DM	191,9	190,4	199,8	202,1	236,1	202,9	188,0	198,7	233,1
* Bruttogehaltssumme	*	85,3	80,9	76,1	78,8	98,3	75,2	73,7	75,8	96,8
* Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	975,1	1 039,2	1 201,7	1 156,9	1 228,7	1 056,9	1 077,7	1 112,7	1 242,3
* Index des Auftragsleistungsindex ⁴⁾	1995 = 100	83,1	86,6	94,9	99,9	59,5	74,6	110,6	85,5	76,0
darunter										
Wohnungsbau	*	69,1	66,5	72,6	55,7	58,5	63,1	58,8	44,7	34,1
gewerblicher und industrieller Bau	*	85,4	90,9	96,2	123,3	57,8	75,1	137,0	97,1	100,5
öffentlicher und Verkehrsbau	*	88,1	92,4	105,5	95,3	62,1	80,3	106,4	93,6	68,7
Ausbaugewerbe⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	25,3	.	.	.	24,8	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 719	7 316	7 513,0	.	.	.	7 309,0	.	.
* Bruttohonorar- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	336,5	.	.	.	332,2	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 115,2	1 036,3	1 101,9	.	.	.	1 348,4	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	995	1 048	1 462	1 096	1 010	866	856	799	859
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	866	932	1 300	962	908	765	748	715	774
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 122	1 151	1 530	1 252	988	969	962	1 008	951
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	211	213	289	232	188	172	181	187	174
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	599 957	645 188	800 536	1 136 362	508 406	483 851	489 813	497 771	488 852
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	238	271	392	297	280	257	220	278	280
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	684	808	1 351	812	972	716	390	889	1 846
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	164	190	316	198	245	163	101	169	330
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	310 505	348 572	599 757	364 565	403 453	427 323	235 234	309 718	789 168
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 411	2 278	3 165	2 396	2 035	1 909	1 955	2 003	1 694
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 851	11 744	16 844	12 507	10 624	9 971	10 043	10 125	9 514
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	99,9	100,8	96,3	103,1	106,7	98,2	96,9	99,7	107,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	101,5	102,8	98,4	105,3	111,0	101,6	101,1	103,5	111,2
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	112,2	115,8	111,9	112,3	117,1	111,9	104,7	103,8	110,2
Kraftfahrzeuge ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,9	101,7	94,2	100,6	110,1	98,8	94,4	99,1	110,8
Apotheken ¹²⁾	*	114,1	116,4	116,0	117,4	122,4	128,6	129,9	129,4	132,3
Bekleidung	*	88,8	86,4	75,9	102,3	98,1	76,6	89,3	94,3	95,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	97,6	95,5	91,8	105,8	108,6	85,1	95,0	104,2	111,4
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,1	97,7	99,2	105,1	101,4	114,3	111,6	112,1	115,5
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	93,8	90,7	90,2	90,0	90,3	87,2	87,3	88,1	89,0
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	91,4	91,8	103,0	99,1	87,0	91,5	104,6	100,3	92,0
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	94,8	96,3	106,2	104,0	91,5	99,4	111,2	106,6	96,7
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	100,3	103,0	130,7	122,5	99,7	107,6	138,1	125,9	106,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	*	91,4	91,9	94,8	93,0	85,9	91,5	92,2	92,4	85,8
Kantinen und Caterer	*	98,3	106,3	116,0	111,3	102,4	118,4	124,2	117,6	121,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	94,8	89,3	89,6	86,4	83,5	85,6	89,5	89,5	86,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polleren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Pollere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauintallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März- 1. Vj., Juni- 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudetelle. — 7) Einschl. Gebäudetellen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Mill. DM	4 404,9	4 212,1	4 320,5	4 602,4	4 509,7	4 803,3	4 739,2
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	106,4	104,7	110,4	123,4	128,8	123,6	107,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 298,4	4 107,4	4 210,1	4 479,0	4 380,8	4 679,8	4 631,8
davon										
* Rohstoffe	*	38,3	36,6	34,7	37,4	35,8	39,2	36,9
* Halbwaren	*	332,6	322,2	288,8	430,0	256,3	378,7	417,6
* Fertigwaren	*	3 927,5	3 748,5	3 886,6	4 011,6	4 088,7	4 261,8	4 177,3
davon										
* Vorerzeugnisse	*	734,1	745,9	827,0	758,3	841,9	900,7	882,2
* Enderzeugnisse	*	3 193,5	3 002,7	3 059,6	3 253,2	3 246,8	3 361,2	3 295,1
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 029,0	1 047,3	1 142,4	1 033,0	1 152,2	1 216,4	1 273,1
Maschinen	*	740,4	666,2	606,7	690,3	632,8	765,8	661,1
Fahrzeuge	*	692,2	587,4	651,6	632,4	705,3	535,9	578,6
elektrotechnische Erzeugnisse	*	485,2	472,3	541,7	562,5	525,2	580,2	558,1
Eisen- und Metallwaren	*	312,1	302,8	279,1	378,5	319,8	365,3	381,2
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	*	2 367,8	2 300,1	2 394,6	2 426,0	2 558,4	2 286,8	2 480,1
darunter										
Verenigtes Königreich	*	392,0	364,3	412,7	392,7	401,1	357,4	342,4
Frankreich	*	434,5	417,0	373,7	408,3	421,1	417,4	478,1
Italien	*	301,2	298,8	285,9	342,8	318,1	257,8	377,9
Niederlande	*	265,9	266,7	244,6	281,2	333,1	253,8	257,6
Belgien-Luxemburg	*	295,0	221,4	284,1	256,7	258,7	239,4	225,7
Österreich	*	219,4	236,4	257,6	235,7	238,4	239,4	227,1
EFTA-Länder ³⁾	*	239,6	234,9	264,4	269,7	229,3	292,5	278,0
darunter										
Schweiz	*	199,0	199,1	219,4	229,5	196,0	256,9	244,6
Norwegen	*	37,6	32,5	41,5	37,1	29,3	31,1	27,8
USA	*	453,1	429,1	437,6	533,2	449,4	530,1	506,3
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	*	6 609,3	7 173,5	7 365,0	7 188,3	7 225,9	7 903,5	8 528,1
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	321,4	322,2	280,3	345,7	330,5	357,6	321,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 287,9	6 851,3	7 084,7	6 842,6	6 895,4	7 545,9	8 206,3
davon										
* Rohstoffe	*	78,9	77,0	67,6	65,0	81,6	97,8	118,6
* Halbwaren	*	576,2	699,3	539,9	577,6	543,1	719,6	1 049,7
* Fertigwaren	*	5 632,8	6 074,9	6 477,2	6 199,9	6 270,7	6 728,5	7 038,0
davon										
* Vorerzeugnisse	*	725,2	669,5	584,1	669,1	807,7	797,7	870,4
* Enderzeugnisse	*	4 907,6	5 405,5	5 893,1	5 530,9	5 463,0	5 930,9	6 167,5
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	*	3 341,6	3 372,3	3 555,1	3 521,2	3 575,2	3 327,4	3 747,0
FREMDENERKEHR⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	728	763	949	915	769	900	1 047	919	803
darunter von Auslands Gästen	*	187	191	232	219	161	261	280	231	169
* Gästeübernachtungen	*	1 904	2 000	2 470	2 346	1 835	2 557	2 662	2 381	1 953
darunter von Auslands Gästen	*	360	370	430	425	301	521	527	457	322
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	*	573	600	718	688	553	770	771	702	586
Luftkurorte	*	134	133	170	145	93	184	170	142	97
Erholungsorte	*	95	94	113	120	49	148	125	108	52
Sonstige Gemeinden	*	1 102	1 173	1 469	1 393	1 139	1 455	1 597	1 430	1 218
darunter Großstädte	*	488	526	636	617	560	618	690	642	594
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 248	1 301	1 303	1 445	1 448	1 499	1 408	1 501	...
davon										
* Güterversand	*	208	205	216	234	260	238	232	264	...
* Gütereingang	*	1 045	1 096	1 087	1 211	1 189	1 262	1 176	1 237	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	36 261	34 124	31 789	29 212	29 357	28 540	28 645	27 029	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	31 978	29 759	27 786	26140	25 583	24 738	25 206	23 703	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 704	1 877	2 060	1 923	2 330	1 885	2 083	1 852	...
* Krafträder (einschl. Kraftroller)	*	2 090	2 073	1 489	707	951	1 504	933	976	...
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	275	297	292	273	329	244	261	303	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 174	2 310	2 800	2 373	2 223	2 495	2 416	2 353	2 349
* Getötete Personen ²⁾	*	45	47	59	47	40	41	61	51	45
* Verletzte Personen	*	2 934	3 111	3 754	3 227	2 993	3 229	3 209	3 186	3 192
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen³⁾										
Beförderte Personen	1000	38 403	37 353	103 989	.	.	.	109 439	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	37 875	36 883	102 228	.	.	.	107 559	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	528	469	1 761	.	.	.	1 880	.	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 159	23 547	78 720	.	.	.	82705	.	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	18 938	18 640	59 889	.	.	.	62 206	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	5 221	4 908	18 832	.	.	.	20 499	.	.
Einnahmen	1000 DM	80 971	75 526	246 046	.	.	.	255 953	.	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	*	66 591	61 015	185 606	.	.	.	189 758	.	.
Gelegenheitsverkehr	*	14 379	14 511	60 440	.	.	.	66 195	.	.
GELD UND KREDIT										
B a n k e n⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	877 727	920 746	872 384	.	.	.	966 446	.	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	*	726 864	764 951	725 496	.	.	.	783 457	.	.
davon										
kurzfristige Kredite	*	104 558	120 360	112 693	.	.	.	130 526	.	.
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	622 306	644 591	612 803	.	.	.	652 930	.	.
Einzinsen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	581 386	685 448	647 485	.	.	.	745 680	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	209	201	198	170	227	267	281	275	...
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	164	155	153	134	161	171	173	144	...
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	45	45	36	66	96	108	131	...
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	209	201	198	170	227	267	281	275	...
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	161	133	126	104	110	133	148	139	...
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	104,1	105,0	105,3	105,3	105,5	107,3	107,8	107,5	107,7
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,9	102,1	100,6	100,5	100,5	101,1	100,5	100,5	101,0
Bekleidung, Schuhe	*	102,4	103,4	103,7	103,7	103,8	103,8	103,8	103,9	103,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	105,4	107,4	108,0	108,2	108,5	111,0	112,5	112,5	112,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	101,9	102,2	102,2	102,2	102,2	102,0	102,0	102,2	102,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	105,0	107,9	108,8	110,2	110,1	114,2	116,2	115,1	115,2
Nachrichtenübermittlung	*	97,2	88,0	87,3	87,2	87,2	83,8	83,7	83,7	83,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	102,8	103,4	103,9	102,4	103,7	106,0	105,1	103,6	104,7
Beherbungs- und Gaststättenleistungen	*	102,1	103,0	103,4	103,2	103,3	106,2	103,7	103,8	102,6
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,9	104,9	105,2	105,3	105,3	107,1	107,1	107,0	107,1
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,01 ⁴⁾	100,21 ⁴⁾	.	.	100,3	101,5	.	.	101,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassennämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeindefunktionären“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
		1998	1999	1999			2000			
Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.		
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. DM	5 930,0	6 486,1	7 694,3	4 660,1	4 964,7	5 328,2	7 753,5	5 499,6	5 202,4
davon	*	5 157,3	5 707,7	6 948,8	3 973,6	4 404,6	4 572,6	7 047,0	4 723,9	4 560,1
davon	*	2 413,3	2 710,1	2 399,6	2 376,8	2 379,4	2 731,8	2 647,9	2 554,0	2 560,4
Lohnsteuer ²⁾	*	52,4	116,0	723,5	- 196,3	- 171,0	- 273,3	838,2	- 139,7	- 213,2
veranlagte Einkommensteuer	*	324,7	344,9	129,9	129,1	72,9	258,3	166,3	113,1	86,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	352,0	360,5	226,4	249,1	313,9	335,0	313,6	382,9	454,6
Zinsabschlag ²⁾	*	424,1	425,9	1 673,0	- 92,1	- 119,0	- 212,0	1 634,5	23,6	- 167,0
Körperschaftsteuer ²⁾	*	1 353,8	1 496,9	1 561,8	1 236,7	1 652,0	1 424,7	1 139,9	1 445,9	1 447,2
Umsatzsteuer	*	237,0	253,5	234,6	270,4	276,4	308,0	306,5	344,2	391,4
Einfuhrumsatzsteuer	*	448,0	458,0	489,3	269,8	308,3	503,5	459,9	344,6	366,3
Bundesteuern	*	94,3	91,0	132,9	64,5	68,2	63,2	62,5	72,0	61,9
darunter	*	109,9	112,0	55,5	51,2	64,5	143,6	74,9	54,4	74,7
Mineralölsteuer	*	31,2	28,3	25,8	30,8	29,0	22,1	24,5	26,5	28,1
Versicherungsteuer	*	240,8	242,3	230,8	214,6	221,0	219,0	222,2	230,6	234,0
Zölle ³⁾	*	9,2	11,1	11,5	18,0	6,7	9,2	5,1	8,0	7,2
Landesteuern	*	36,8	36,3	34,2	31,0	42,1	21,0	30,8	36,6	28,0
darunter	*	67,4	77,3	75,8	61,5	75,5	75,5	81,1	80,2	88,2
Vermögensteuer	*	95,9	86,5	79,7	75,6	71,8	83,9	77,1	77,6	77,5
Erbschaftsteuer	*	52,8	49,8	0,0	171,3	1,7	11,0	0,0	174,1	13,9
Grundsteuer	*									
Kraftfahrzeugsteuer	*									
Gewerbsteuerumlage	*									
		1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. DM	2 801,9	3 039,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6
davon	*	8,5	8,4	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	10,0
Grundsteuer A	*	288,3	293,7	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	321,9
Grundsteuer B	*	1 366,2	1 497,0	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 011,5	1 064,7	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ⁵⁾	*	35,2	36,8	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	33,8
		1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt ⁵⁾		April	Juli	Okt.	Januar	April	Juli	Okt.
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 579	4 637	4 661	4 603	4 710	4 781	4 755
* Männliche Arbeiter	*	4 678	4 781	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	4 946	4 920
darunter Facharbeiter	*	4 966	5 085	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	5 261	5 225
* Weibliche Arbeiter	*	3 426	3 516	3 485	3 525	3 559	3 573	3 608	3 663	3 648
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	3 158	3 229	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	3 429	3 397
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	27,67	28,20	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	28,96	28,88
* Männliche Arbeiter	*	28,58	29,10	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	29,88	29,80
darunter Facharbeiter	*	30,59	31,27	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	32,18	31,98
* Weibliche Arbeiter	*	21,45	21,99	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	22,60	22,53
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	19,63	19,98	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	20,91	20,77
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	*	6 558	6 715	6 572	6 705	6 738	6 763	6 755	6 859	6 900
* kaufmännische Angestellte	*	6 150	6 329	6 199	6 312	6 343	6 383	6 407	6 512	6 560
* männliche Angestellte	*	7 036	7 222	7 083	7 217	7 227	7 261	7 336	7 434	7 486
* weibliche Angestellte	*	5 098	5 252	5 146	5 228	5 280	5 291	5 262	5 370	5 404
* technische Angestellte	*	6 906	7 052	6 896	7 047	7 086	7 095	7 064	7 173	7 205
* männliche Angestellte	*	7 057	7 204	7 048	7 202	7 240	7 242	7 206	7 331	7 364
* weibliche Angestellte	*	5 435	5 590	5 453	5 560	5 606	5 655	5 729	5 751	5 795
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	*	5 346	5 588	5 475	5 606	5 601	5 616	5 628	5 732	5 805
insgesamt	*	5 367	5 613	5 506	5 634	5 627	5 634	5 657	5 760	5 829
* kaufmännische Angestellte	*	5 978	6 254	6 123	6 293	6 262	6 260	6 332	6 393	6 482
* männliche Angestellte	*	4 600	4 808	4 732	4 817	4 825	4 820	4 811	4 937	4 985
* weibliche Angestellte	*									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitts. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*

Ausgabe II 2000 · 45. Jahrgang



Printversion:

Umfang: 89 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Jahresabonnementspreise:

Jeweils abzüglich 15 % Rabatt,
zuzügl. Versandkosten



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostensparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe II/00 sind wieder aktuelle Daten für rund 750 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- **Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,**
- **Bildungswesen,**
- **Landwirtschaft,**
- **Verarbeitendes Gewerbe,**
- **Baugewerbe,**
- **Verkehr,**
- **Fremdenverkehr,**
- **öffentliche Sozialleistungen,**
- **öffentliche Finanzen**
- **Umwelt.**

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zum Bereich Bildung und Kultur. W-93

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992
E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHES LANDESAMT
FÜR UMWELT UND GEOLOGIE

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 1

Januar 2001

5. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Europäische Wasserrahmenrichtlinie – EU-WRRL 3
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessisches Landesamt für Umwelt und Geologie
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: HLUG, Telefon: 0611/6939-0
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Europäische Wasserpolitik

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar 1997 den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen im Bereich der Wasserpolitik beschlossen, kurz als Europäische Wasser-Rahmenrichtlinie (EU-WRRRL) bezeichnet. Die derzeit bestehenden über 30 EU-Richtlinien, die den Wasserbereich direkt oder indirekt betreffen, weisen mittlerweile erhebliche Defizite und Inkonsistenzen auf und stellen damit keine befriedigende Grundlage mehr für eine moderne europäische Wasserpolitik dar.

Die neue Rahmenrichtlinie wird im vierten Quartal 2000 in Kraft treten, nachdem sie im September vom Europäischen Parlament und Rat verabschiedet wurde.

Sie wird für Deutschland und die meisten anderen Mitgliedsländer erhebliche Veränderungen in der Wasserwirtschaft bewirken, denn sie trifft in den Mitgliedsstaaten auf völlig unterschiedliche, historisch gewachsene Philosophien der Wasserpolitik.

Auch wenn es gelungen ist, viele Grundzüge deutscher Gewässer- und insbesondere Grundwasserschutzphilosophie einzubringen, ist sie doch eine europäische Richtlinie mit vielen Elementen anderer Staaten. Wir müssen uns daher mit neuen Begriffen und anderen Vorstellungen auseinandersetzen, die aber gleichzeitig auch neue Impulse mit sich bringen werden.

Die räumliche Betrachtung ganzer Flusseinzugsgebiete (Flussgebietsmanagement) über politische und administrative Grenzen hinweg ist für die deutsche Wasserwirtschaft genauso neu wie der integrierte Ansatz, bei dem über die traditionellen technischen und naturwissenschaftlichen Belange hinaus auf ökonomische, soziale und partizipative Fragen eingegangen werden muss.

In einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland ist zu erwarten, dass insbesondere die Überwindung der politischen und administrativen Grenzen erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Grundsätze und Ziele

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie beinhaltet das Prinzip des integrierten Gewässerschutzes, d.h. Schutz von Grundwasser, Oberflächengewässer und aquatischer Lebensgemeinschaften:

- qualitativer und quantitativer Gewässerschutz,
- ökologischer und ökonomischer Ansatz.

Oberflächengewässer sind neben den Flüssen auch kanalisierte Flussabschnitte („erheblich veränderte Gewässer“), Seen, Übergangsgewässer (Ästuar und Lagunen) oder Küstengewässer.

Ziele sind:

- Sicherung bzw. Erreichung eines zumindest guten Zustandes aller Gewässer,

- kombinierte Anwendung von Emissions- und Immissionsregelungen,
- Flussgebietsmanagement.

Ein guter ökologischer Zustand der Oberflächengewässer erlaubt zwar eine anthropogene Beeinflussung — sie ist auch in unserem stark besiedelten Raum und wegen der intensiven Nutzungen kaum zu vermeiden —, verlangt aber dennoch ein reiches, ausgeglichenes Ökosystem.

Die Richtlinie nennt Qualitätsziele, die auf Flusseinzugsgebiete bezogene Flussgebietspläne (Bewirtschaftungspläne) erfordern. Diese müssen u. a. Maßnahmenprogramme als zentrale Elemente zur Erreichung dieser Qualitätsziele beinhalten.

Was ein guter ökologischer Zustand ist, muss anhand von ausgewiesenen Referenzgewässern definiert werden, ein guter chemischer Zustand bedeutet keine Überschreitung von Grenzwerten.

Beim Grundwasser wird vom guten mengenmäßigen und chemischen Zustand gesprochen. Hier liegt der Schwerpunkt auf einem nachhaltigen Gleichgewicht zwischen Entnahmen und natürlicher Anreicherung (Neubildung), wobei keine Schädigung oder Verschlechterung der mit dem Grundwasser in Verbindung stehenden Ökosysteme eintreten darf.

In absehbarer Zeit muss die EU noch eine Liste der so genannten prioritären Stoffe verabschieden, die als besonders wassergefährdend gelten und für die Grenzwerte festgelegt werden. Der Entwurf dieser Liste umfasst 32 Stoffe bzw. Stoffgruppen.

Inhalte der Flussgebietspläne

Die inhaltlichen Anforderungen an die Flussgebietspläne entsprechen weitgehend dem Vorgehen der internationalen Flussgebietskommissionen bzw. den entsprechenden deutschen Kommissionen. Es sind im Prinzip die bekannten Bewirtschaftungspläne, die jedoch im Rahmen der Richtlinie anders strukturiert und verbindlich umzusetzen sind und daher zur Unterscheidung als Flussgebietspläne bezeichnet werden.

Das Flussgebietsmanagement beinhaltet eine Analyse und Klassifizierung der Flussgebiete sowie die Ableitung und Durchführung von Maßnahmenprogrammen zur Verbesserung des Zustandes oder zumindest einer Trendumkehr. Die Programme müssen geeignet sein, die Ziele innerhalb von vorgegebenen Fristen zu erreichen.

Bei der Aufstellung der Flussgebietspläne sind folgende organisatorische Vorgaben umzusetzen:

- hydrografische Abgrenzung der Einzugsgebiete und Bildung von Flussgebietseinheiten,
- Benennung der zuständigen Behörden zur Durchführung der Flussgebietsplanung in den Flussgebietseinheiten,

- Aufstellung von Flussgebietsplänen für die Flussgebiets-einheiten innerhalb von neun Jahren,
- nationale und internationale Koordination der Fluss-gebietsplanung in den Flussgebieten.

Hessen hat Anteil an den europäischen Flussgebieten von Rhein und Weser.

Nach vier Jahren ist eine Erstbeschreibung der Flusseinzugsgebiete sowie eine Liste der wasserrelevanten Schutzgebiete vorzulegen. Die Erstbeschreibung beinhaltet Folgendes:

- Beschreibung des Einzugsgebietes nach hydrologischen und naturräumlichen Gegebenheiten,
- Erfassung der Einflüsse menschlicher Aktivitäten auf den Gewässerzustand, getrennt nach Punktquellen und diffusen Quellen, Wasserentnahmen und Ähnlichem,
- ökonomische Analyse als Grundlage zur Festlegung der Kosten für die Wasserver- und -entsorgung.

Nach neun Jahren sind die Bewirtschaftungspläne vorzulegen, die aufbauend auf der Erstbeschreibung u. a. folgende Informationen enthalten müssen:

- Darstellung des ökologischen und chemischen Gewässerzustandes bzw. des quantitativen Grundwasserzustandes sowie
- Maßnahmenprogramme zur Zielerreichung und Darstellung der Umsetzung,
- Liste der Umweltziele,
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Flussgebietspläne sind als zentrales Instrument wasserwirtschaftlichen Handelns zu verstehen und dienen darüber hinaus der Berichterstattung gegenüber der Europäischen Kommission.

Im Rahmen der Vorgaben zu den Maßnahmenprogrammen werden zentrale materielle Vorgaben in der Richtlinie festgelegt. Sie sind ebenso wie die operativen Ziele der Richtlinie von den Mitgliedsstaaten mit einem hohen Grad an Verbindlichkeit zu versehen. Die Programme sind innerhalb von neun Jahren aufzustellen und nach weiteren drei Jahren umzusetzen. Die Maßnahmenprogramme müssen verbindlich u. a. folgende Teile umfassen:

- Umsetzung vorhandener Richtlinien, z. B. Nitratrichtlinie, Kommunabwasserrichtlinie,
- Umsetzung des kombinierten Ansatzes mit der Begrenzung von Emissionen und Einleitungen,
- Verfolgung des Ziels der kostendeckenden Wasserpreise,
- Einführung einer Genehmigungspflicht für Entnahmen, Aufstauungen und Einleitungen,
- Maßnahmen zur Verhinderung oder Verminderung der Verschmutzung aus diffusen Quellen,
- Maßnahmen gegen die Belastung durch prioritäre Stoffe,
- grundsätzliches Verbot der Einleitung von Schadstoffen in das Grundwasser,

- Maßnahmen zur Vorbeugung vor unfallbedingten Verschmutzungen,
- zusätzliche Schutz- und Sanierungsmaßnahmen zur Zielerreichung, wie z. B. Einrichtung von Schutz- und Schongebieten, Bau von Fischtreppe, Renaturierungen usw.

Die Maßnahmenprogramme sind gemeinsam mit den Flussgebietsplänen alle sechs Jahre zu aktualisieren.

Die Richtlinie fordert für die Umsetzung die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit sowohl während der Erarbeitung als auch später bei der Aktualisierung der Flussgebietspläne.

Rechtliche Umsetzung

Die Richtlinie schreibt vor, dass die rechtliche und organisatorische Umsetzung in drei Jahren vollzogen ist. Der erste Teil der fachlichen Umsetzung (Bestandsaufnahmen, Monitoring) ist in vier bis sechs Jahren durchzuführen.

Es besteht nach Inkrafttreten der Richtlinie erheblicher Zeitdruck, um diese Fristen einzuhalten.

Da die Richtlinie erstmals einen Gesamtrahmen für den europäischen Gewässerschutz festlegt, werden zahlreiche sektorbezogene und überholte Gewässerschutzrichtlinien aufgehoben:

- Richtlinie über Oberflächenwasser und Trinkwassergewinnung (75/440/EWG),
- Fischgewässerrichtlinie (78/659/EWG),
- Muschelgewässerrichtlinie (79/923/EWG),
- Grundwasserrichtlinie (80/68/EWG),
- Richtlinie über die Ableitung gefährlicher Stoffe (76/464/EWG).

Durch die Aufhebung wird aus deutscher Sicht unnötiger Mehraufwand im Verwaltungsvollzug vermieden.

Forschungsbedarf

Was die Wasserrahmenrichtlinie an Neuerungen bringen wird, ist auch an den Forschungsvorhaben ablesbar, mit denen sich derzeit die Kommission und die Nationalstaaten beschäftigen, wie z. B.:

- Klassifizierung und Überwachung der ökologischen Qualität der Gewässer,
- Kriterien für die Identifikation stark veränderter Gewässer und für die Bestimmung des größten ökologischen Potenzials,
- Wechselbeziehungen zwischen oberirdischen Ökosystemen und Grundwasserkörpern,
- Identifikation prioritärer Stoffe,
- Einrichtung eines Überwachungssystems.

Diese Liste bezieht sich auf naturwissenschaftlich-technische Fragen. Die Wasserrahmenrichtlinie wird jedoch auch ökologische und sozialwissenschaftliche Bereiche regeln, in denen noch ein erheblicher Forschungsbedarf

besteht. So etwa zu der Frage, was denn überhaupt Umwelt- und Ressourcenkosten sind und wie sie monetarisiert werden können, aber auch zu der Art und Weise der vorgesehenen Partizipation der Nutzer und Anlieger eines Flussgebietes.

Die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) hat sich bereits seit Beginn der Diskussionen um ein neues europäisches Wasserrecht mit der Thematik auseinandergesetzt und in verschiedensten Arbeitsausschüssen und Unterarbeitsausschüssen einzelne Erfordernisse der Richtlinie bearbeitet.

Mit Unterstützung durch zahlreiche Forschungsvorhaben wird an einer Arbeitshilfe zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie gearbeitet, die für alle Bundesländer eine gemeinsame Grundlage bei der Bewältigung der Fragestellungen bieten soll.

Projekte

Um die Zeit bis zur Verabschiedung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Hessen zu nutzen, wurden im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten (HMULF) die Pilotprojekte „Mittelrhein“ und „Main“ initiiert, die der Übung und Erprobung der Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und der derzeit in Arbeit befindlichen Arbeitshilfe der LAWA dienen sollen. Gleichzeitig schaffen sie eine brauchbare und gute Grundlage für die Umsetzung dieser Anforderungen in Hessen und bereiten darüber hinaus auch beteiligte Dritte (Hochschulen, Ingenieurbüros etc.) auf die neuen Erfordernisse vor. Das Pilotprojekt Mittelrhein ist in ein Vorprojekt (Lahneinzugsgebiet) und ein Hauptprojekt (Mittelrhein) gegliedert.

Das Pilotprojekt Main umfasst den staugeregelten Main von Bamberg bis zur Mündung.

Ein weiteres Projekt in Hessen, Rahmenmethodik Grundwasser (Ingenieurbüro HGN, Dr. Meinert i. A. des Umweltbundesamtes), untersucht zurzeit Fragestellungen der Wasserrahmenrichtlinie hinsichtlich der Beschreibung und Erfassung des Grundwassers. Als Testgebiete sind die nördlichen Untermainzuflüsse Nidda und Kinzig durch das HMULF vorgeschlagen worden. Die Arbeitsergebnisse sollen in das Pilotprojekt Main einfließen.

Zuständigkeiten

Die Gesamtkoordination zur Umsetzung der EU-WRRRL in Hessen erfolgt durch die Abteilung Wasser und Boden im HMULF. Die Federführung liegt beim Referat III4, Frau Weber (Tel.: 0611/815-1370, Email: b.weber@mulf.hessen.de). Es wurde eine abteilungsinterne Projektgruppe eingerichtet.

Das HLUG übernimmt wichtige Aufgaben in den Bereichen Datenerfassung und -auswertung, Kartenerstellung sowie GIS-Anwendungen.

Federführend ist hier das Dezernat Flussgebietsplanung, Dr. Becker (Tel.: 0611/6939-729, Email: r.becker@hlug.de). Das Dezernat hat darüber hinaus die Koordinierung der hessischen Seite im Pilotprojekt Main übernommen. Über die Zuständigkeiten für die zu bearbeitenden Teilgebiete sowie weitere übergreifende Aufgaben wird in den nächsten Wochen entschieden werden. Die Zuständigkeiten in den Pilotprojekten sind wie folgt geregelt:

Pilotprojekt Mittelrhein Hessen

Federführung des Gesamtprojektes und Vorsitz des Lenkungs-ausschusses

Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
Abt. Wasser und Boden, MD Peter Kessler
RD in Barbara Weber,
GD Dr. Arnold Quadflieg

Projektleitung und Vorsitz der Projektgruppe

Regierungspräsidium Gießen,
Abt. Staatliches Umweltamt Wetzlar
LBD Konrad P. Weppeler
Geschäftsführung: NN

unter Beteiligung:

Regierungspräsidium Gießen,
Abt. Staatliches Umweltamt Marburg
Regierungspräsidium Darmstadt,
Abt. Staatliches Umweltamt Wiesbaden
Hess. Landesamt für Umwelt und Geologie
GD Dr. Roland Becker

Rheinland-Pfalz

als Kooperationspartner

Ministerium für Umwelt und Forsten
Rheinland-Pfalz
LMR Dr.-Ing. Stefan Hill

unter Beteiligung:

Landesamt für Wasserwirtschaft (Mainz)
BioID Dr. Klaus Wendling
OBR Christoph Linnenweber
Struktur- und Genehmigungsdirektion
Nord (Montabaur)
LBD Karl Kaltenbrunner

Pilotprojekt Main Hessen

als Kooperationspartner

Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
Abt. Wasser und Boden, MD Peter Kessler
RD in Barbara Weber,
GD Dr. Arnold Quadflieg

hessische Projektleitung

Hess. Landesamt für Umwelt und Geologie
GD Dr. Roland Becker

unter Beteiligung:

Regierungspräsidium Darmstadt,
Abt. Staatliches Umweltamt Hanau
Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden

Bayern

Federführung des Gesamtprojektes und Vorsitz des Lenkungs-ausschusses

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
MR Jens Jedlitschka
MR Günther-Michael Knopp
BD Peter Geisenhofer

Projektleitung und Vorsitz der Projektgruppe

Regierung von Unterfranken
LBD Rudolf Thums

unter Beteiligung:

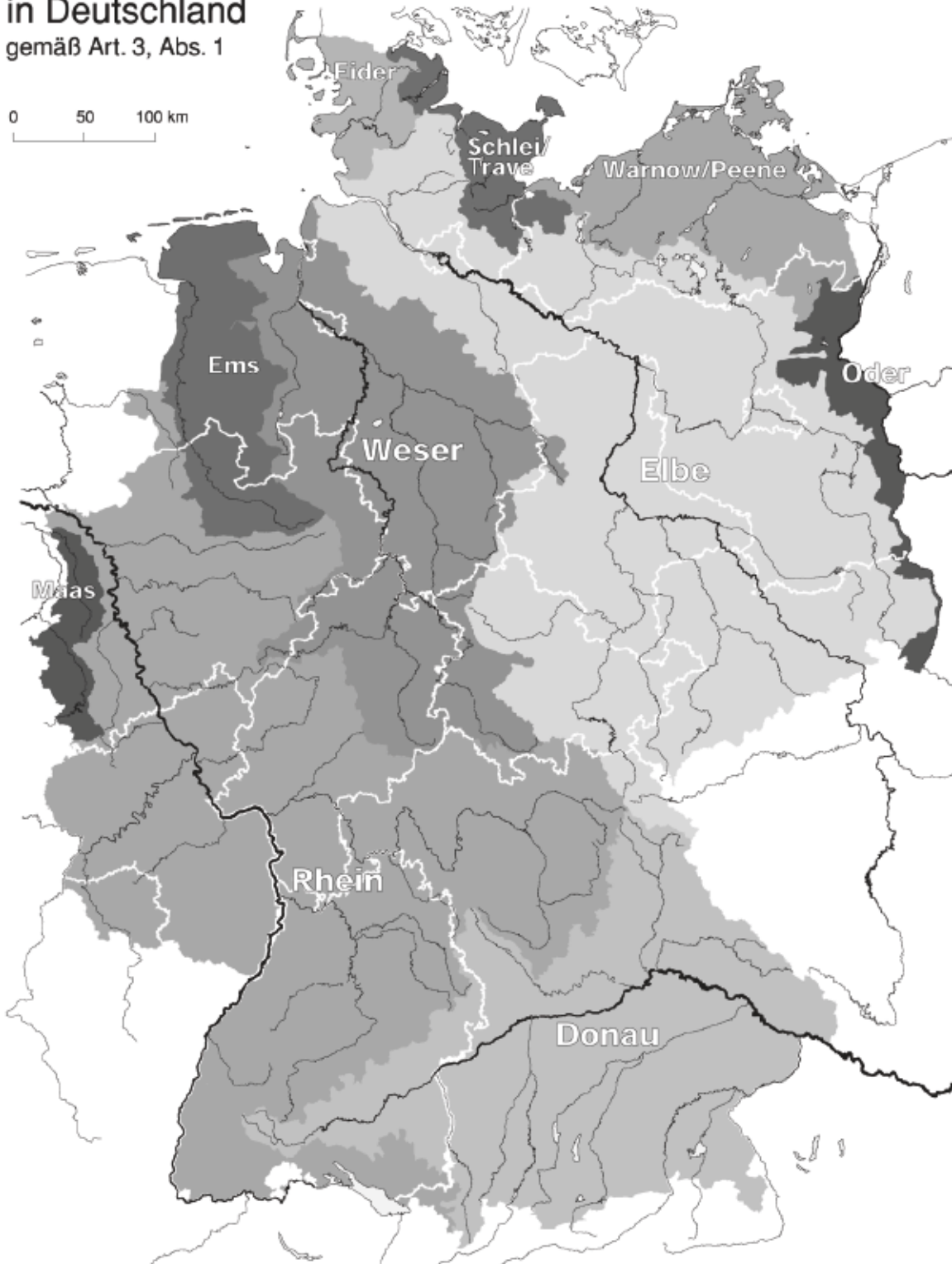
Bayerisches Landesamt für Wasserwirtschaft
RD Dr. Steffen Müller
Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
BD Heribert Januszewski



EU-Flussgebietseinheiten in Deutschland

gemäß Art. 3, Abs. 1

0 50 100 km

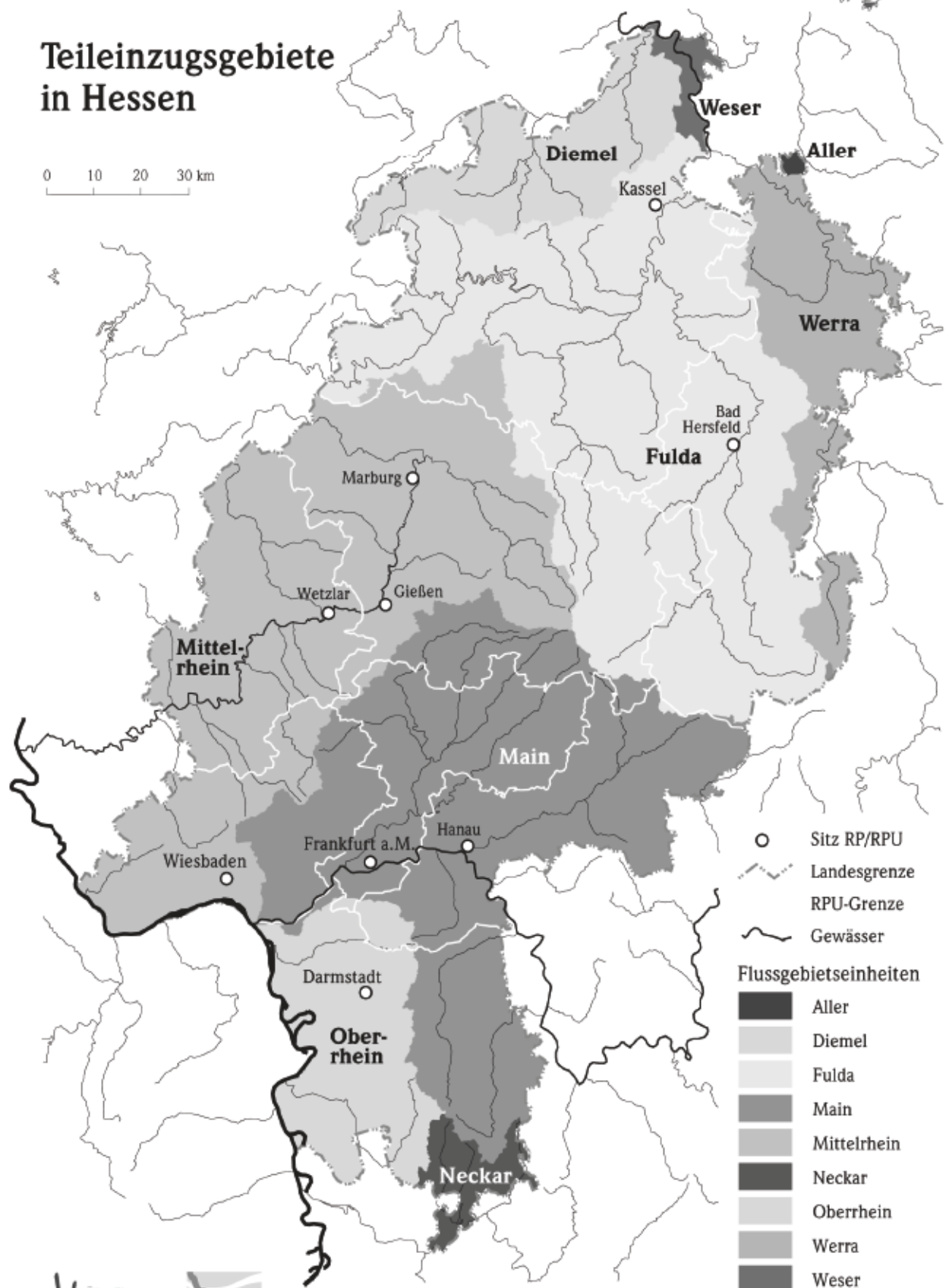


Datengrundlage: BfG, Hydrogeologischer Atlas von Deutschland



Teileinzugsgebiete in Hessen

0 10 20 30 km



Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Messstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Messstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1998	1999				2000		
		Durchschnitt		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		10,4	11,3	5,4	4,5	14,8	19,7	6,1	5,3	15,9	17,4
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	1007	851	309	224	174	233	220	279	137	227
Marburg- Lahnberge	"	877	688	289	163	151	197	177	167	148	246
Schotten- Eichelsachsen	"	889	850	314	217	184	225	224	179	127	343
Abfluss	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	17,3	15,3	9,88	36,2	13,3	7,47	10,8	30,0	10,7	7,57
Rotenburg/Fulda		23,7	22,3	51,4	43,7	17,6	8,80	19,2	42,5	12,3	13,5
Äblar/Dill		11,7	9,32	23,8	20,2	6,37	2,10	8,67	18,6	3,60	4,43
Marburg/Lahn	"	21,9	16,5	44,3	32,3	11,7	5,17	16,7	29,5	7,13	8,87
Hanau/Kinzig	"	13,3	10,9	25,0	22,0	7,93	3,73	10,0	18,4	5,27	5,30
Bad Vilbel/Nidda	"	11,4	10,5	24,8	20,2	8,43	4,50	8,67	15,6	5,30	6,83
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	145	141	145	166	198	135	141	169	192	139
Diemeltalsperre	"	15,1	13,9	15,1	15,7	18,7	14,4	13,9	16,3	17,5	14,5
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Messstelle: Bracht	"	256,81	257,69	257,41	257,22	258,56	257,73	257,25	257,87	258,06	257,78
Bauschheim	"	86,30	86,61	86,38	86,41	86,87	86,77	86,39	86,63	86,68	86,41
Lampertheim	"	86,33	86,94	86,44	86,64	87,38	87,02	86,72	87,18	87,44	87,18
Beberbeck	"	224,27	225,72	224,64	225,08	226,35	226,25	225,19	225,29	-	225,32
Zell	"	313,41	314,49	313,62	313,93	314,91	314,76	314,35	314,32	314,34	314,12
Schwalbach	"	271,98	272,76	273,06	272,41	274,57	272,68	271,36	271,67	272,94	272,76
Kath. Willenroth	"	295,36	296,35	296,04	295,79	297,02	296,80	265,81	296,05	296,42	295,90
Langstadt	"	127,65	128,22	127,58	127,98	128,33	128,38	128,18	128,15	128,31	128,25
Weissenborn	"	213,45	214,51	214,49	213,81	215,91	215,52	212,80	214,85	215,82	214,07

2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998		1999				2000		
		Durchschnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Messstation Bischofsheim Main Flusskm 4,0</i>											
Abfluss	m ³ /s	183	135	456	472	225	120	194			
Temperatur	Grad C	14,0	20,1	8,2	5,7	16,9	22,7	10,6	6,2	17,6	20,46
Sauerstoff	mg/l	9,1	6,6	11,6	12,4	11,8	7,0	10,4	12,1	8,6	6,9
pH		7,8	7,6	7,8	7,8	8,2	7,6	7,6	7,7	7,7	7,4
NH ₄ -N	mg/l	0,15	<0,07	0,11	0,12	0,10	<0,07	0,07	0,10	<0,07	<0,07
NO ₃ -N	mg/l	6,1	4,9	4,9	5,4	5,1	4,9	5,3	5,3	5,0	4,5
Gesamt-N ³⁾	mg/l	7,1	5,5	5,8	5,9	5,3	5,1	5,7	6	6,4	5,4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,14	0,05	0,05	0,05	0,07	0,08	0,10	0,08	0,13
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,23	0,35	0,27	0,20	0,15	0,2	0,2	0,19	0,18	0,23
Leitfähigkeit	mS/m	70	71	58	59	70	79	76	57	71	72
Chlorid	mg/l	60	61	36	40	51	61	58	39	51	56
TOC	mg/l	8,1	4,3	5,8	4,2	6,4	3,8	2,6	3,4	3,0	7,4
EDTA	µg/l	21,87	16,7	9,1	7,3	11,1	15,5	15,5	7,3	10,3	
<i>Messstation Oberbief Lahn Flusskm 19,1 ³⁾</i>											
Abfluss	m ³ /s	23,4	19,3	91,4							
Temperatur	Grad C	13,0	17,1	7,1	5,2	15,1	20,2	8,3	5,4	15,9	17,1
Sauerstoff	mg/l	10,1	8,4	11,2	11,8	10,4	9,4	11,1	12,2	10,1	9,0
pH		8,0	7,8	7,9	8,0	8,2	8,0	8,0	7,8	8,0	7,2
NH ₄ -N	mg/l	0,49	0,38	0,26	0,23	0,15	<0,07	0,11	0,16	0,07	0,08
NO ₃ -N	mg/l	4,6	4,3	3,2	3,2	3,6	4,1	4,1	3,5	3,7	3,5
Gesamt-N ³⁾	mg/l	5,8	5,3	4,1	3,9	4,0	1,8	4,7	3,0	4,8	4,4
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,18	0,10	0,07	0,09	0,08	0,11	0,07	0,14	0,19
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,27	0,32	0,22	0,16	0,23	0,25	0,20	0,12	0,22	0,26
Leitfähigkeit ³⁾	mS/m	37	35	26	26	35	41	35	23	37	32
Chlorid	mg/l	33	30	22	26	29	35	31	20	30	26
TOC	mg/l	4,4	3,8	4,1	3,4	6,3	3,9	2,0	2,5	3,1	3,3

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998		1999				2000		
		Durchschnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Messstation Letzter Heller Werra Flusskm 83,9</i>											
Abfluss	m ³ /s	40	30,4	107	97,3	45,6	21,8	36,7			
Temperatur	Grad C	9,5	14,2	5,7	4,2	12,9	16,8	6,4	4,3	13,4	20,9
Sauerstoff	mg/l	12	10,4	11,3	11,4	12,7	13,6	10,7	11,4	14,3	7,6
pH		8,2	8,1	8,0	7,8	8,1	8,5	8,0	7,9	8,3	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,29	0,69	0,96	0,16	0,14	1,0	0,2	0,21	0,09	0,04
NO ₃ -N	mg/l	3,8	2,8	4,3	4,1	3,6	1,6	3,2	4,1	3,6	1,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,6	4,3	5,0	4,5	4,2	4,7	-	-	4,7	2,2
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,16	0,08	0,07	0,07	<0,05	-	0,08	0,06	0,06
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,22	0,22	0,14	0,10	0,11	0,15	0,18	0,14	0,14	0,09
Leitfähigkeit	mS/m	747	673	355	387	499	435	476	356	425	440
Chlorid	mg/l	1995	2000	881	820	1280	887	-	-	1190	-
TOC	mg/l	5,1	8,0	4,4	3,8	4,1	5,4	2,8	3,3	2,8	2,7
EDTA	µg/l	7,5	3,8	5,1	-	-	-	-	-	-	-
<i>Messstation Wahnhausen Fulda Flusskm 93,5</i>											
Abfluss	m ³ /s	47,3	40,4	154	122	51,6	37,1	49,2			
Temperatur	Grad C	10,7	16,4	6,4	4,5	14,6	18,7	8,2	4,7	15,9	19,7
Sauerstoff	mg/l	11,0	9,6	11,2	12,6	12,2	9,3	10,4	12	11,2	8,9
pH		7,8	7,6	7,6	7,7	8,0	7,7	7,6	7,6	7,8	7,7
NH ₄ -N	mg/l	0,26	0,07	0,10	0,18	0,12	<0,07	0,208	0,29	0,22	0,06
NO ₃ -N	mg/l	4,1	3,2	4,1	3,9	3,6	2,5	3,6	3,6	3,4	3,4
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,7	3,7	4,7	4,2	4,4	3,3	-	-	4,7	3,5
o-PO ₄ -P	mg/l	0,10	0,13	0,05	<0,05	0,05	0,06	<0,05	0,07	0,07	0,07
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,22	0,22	0,11	0,08	0,11	0,15	0,15	0,10	0,17	0,1
Leitfähigkeit	mS/m	48	44	39	42	49	46	53	37	49	47
Chlorid	mg/l	61	62	39	42	54	42	60	34	51	42
TOC	mg/l	4,7	3,6	4,3	3,7	4,6	3,2	2,4	3	2,8	7,2
EDTA	µg/l	6,3	2,0	3,3	-	2,1	3,0	3,7	<1	1,9	2,7

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Messstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998		1999				2000		
		Durchschnitt	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Messstation Mainz-Wiesbaden Rhein Flusskm 498,5</i>											
Abfluss	m ³ /s	1400	1222	2109	2375	2740	1646	1685	-	-	
Temperatur	Grad C	14,6	22,4	10,2	7,0	16,2	22,9	11,9	7,8	17,3	
Sauerstoff	mg/l	9,4	7,7	10,8	12,1	10,0	7,9	10,1	11,6	9,1	
pH		7,9	7,5	7,9	7,9	8,0	7,9	7,8	7,9	7,9	
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,04	0,10	0,11	0,06	0,04	0,06	0,10	0,06	
NO ₃ -N	mg/l	2,5	2,0	2,8	3,3	2,1	1,8	2,6	3,1	2,2	
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,4	2,8	3,7	4,67	2,8	2,4	3,4	3,5	3,0	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,07	0,07	0,05	0,03	0,05	0,06	0,06	0,05	
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,09	0,12	0,11	0,08	0,06	0,07	0,09	0,09	0,07	
Leitfähigkeit	mS/m	57	50	49	50	43	46	41	48	47	
Chlorid	mg/l	84	71	48	-	-	-	-	-	52	
TOC	mg/l	2,9	2,7	-	3,5	4,0	2,5	3,8	7,5	3,0	
EDTA	µg/l	6,7		5,2	-	-	4,6	5,5	-	-	

- 1) - Gesamt - N - Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluss).
- 2) - Gesamt - P - Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluss zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.
- 3) - vorl. Abflusswerte.

3. Luftbelastung nach Messstellen
a) Temperatur in °C

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	4,5	13,8	16,1	4,5	4,0	13,7	18,6	5,8	4,5	14,9	16,5
Gießen (Mittelhessen)	4,1	13,7	15,9	4,1	3,8	13,1	18,0	4,8	3,7	14,2	16,3
Viernheim (Südhessen)	5,7	15,9	18,3	5,8	4,9	15,8	20,8	6,6	5,6	16,6	18,4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
b) Stickstoffmonoxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	3	4	2	2	2
Bebra	17	8	8	17	13	7	8	16	10	6	9
Borken	7	3	4	8	5	3	4	7	5	2	4
Darmstadt	40	7	8	28	28	7	8	25	20	7	10
Darmstadt-Hügelstraße	159	137	135	125	146	159	149	135	125	140	180
Dillenburg	67	31	36	52	52	31	37	56	41	30	36
Ffm.-Friedb.Landstraße	119	60	63	99	83	59	82	107	75	75	76
Ffm.-Höchst	72	23	25	55	50	21	25	55	42	22	27
Ffm.-Ost	71	21	24	60	54	19	25	68	47	24	32
Frankenberg	8	3	3	5	5	3	3	5	4	2	2
Fulda	62	31	32	44	42	29	39	46	39	34	39
Fürth/Odenwald	4	3	3	5	4	3	3	4	2	2	2
Gießen	68	20	23	52	48	23	21	58	51	21	26
Grebenau	4	3	3	5	4	3	3	5	4	2	4
Hanau	70	23	24	55	52	21	23	55	39	20	26
Kassel Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	59	95	64	52	67
Kassel-Nord	43	24	24	35	28	19	23	37	24	19	27
Königstein	4	3	3	5	4	3	3	5	4	2	2
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	12	6	9
Limburg	-	-	13	29	31	11	12	32	21	12	16
Linden	31	7	8	19	19	5	9	20	16	9	9
Marburg	39	8	8	29	25	7	9	29	21	7	12
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	5	20	14	6	7
Nidda	15	4	4	13	11	4	4	13	9	4	5
Offenbach	58	13	15	39	40	12	15	51	34	11	17
Raunheim	70	13	15	40	37	12	16	42	35	16	24
Riedstadt	39	7	9	25	24	5	7	23	17	7	10
Spessart	4	3	3	4	4	3	3	4	2	2	2
Viernheim	43	8	11	35	32	8	8	31	22	10	14
Wetzlar	71	23	23	56	54	21	21	60	47	22	25
Wiesbaden-Ringkirche	142	70	82	129	116	68	88	133	90	64	79
Wiesbaden-Süd	56	12	12	35	35	11	15	40	32	14	19
Witzenhausen	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2	2

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	11	21	15	8	10
Bebra	31	22	21	29	31	25	26	33	30	23	20
Borken	26	11	12	24	22	13	14	21	20	13	13
Darmstadt	45	30	31	39	39	31	38	40	40	29	29
Darmstadt-Hügelstraße	64	64	66	51	59	68	70	53	57	69	63
Dillenburg	48	41	40	46	46	38	41	43	42	43	38
Ffm.-Friedb.Landstraße	64	59	57	54	62	63	71	56	63	79	69
Ffm.-Höchst	53	46	44	45	50	45	48	48	46	45	39
Ffm.-Ost	62	49	52	52	44	40	47	52	52	41	38
Frankenberg	23	8	8	18	16	7	7	17	15	7	8
Fulda	48	38	36	39	41	37	39	39	37	40	33
Fürth/Odenwald	20	10	9	24	23	8	8	20	16	9	11
Gießen	51	41	41	45	46	40	41	45	46	40	36
Grebenau	20	10	11	19	16	10	11	18	14	9	10
Hanau	56	50	47	52	49	41	45	50	45	43	40
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	60	55	49	56	48
Kassel-Nord	42	30	26	33	35	31	36	34	32	33	32
Königstein	22	12	12	21	19	11	12	20	17	11	11
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	26	16	16
Limburg	-	-	29	35	38	29	31	33	31	27	26
Linden	31	21	21	32	31	20	23	30	28	20	20
Marburg	39	26	26	36	37	26	32	41	35	30	20
Michelstadt	-	-	-	-	-	16	16	26	25	20	17
Nidda	37	17	19	34	32	20	22	31	29	15	16
Offenbach	52	39	43	47	46	37	44	53	49	36	35
Raunheim	44	32	31	36	39	35	41	39	38	37	37
Riedstadt	39	23	28	41	39	22	29	35	33	24	26
Spessart	19	8	9	20	16	8	9	21	18	7	9
Viernheim	48	31	33	40	41	27	30	39	38	29	29
Wetzlar	52	37	35	39	42	38	41	41	40	37	32
Wiesbaden-Ringkirche	62	57	55	51	57	65	77	63	59	66	64
Wiesbaden-Süd	47	34	34	36	40	36	42	44	43	38	34
Witzenhausen	14	7	8	17	15	8	8	17	12	6	8

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
d) Ozon in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	76	39	49	78	54
Bebra	31	48	43	22	31	55	49	22	34	57	37
Borken	40	62	58	33	45	66	60	29	41	67	48
Darmstadt	27	53	45	20	29	59	56	21	28	58	38
Dillenburg	22	43	31	18	23	41	33	15	21	39	23
Ffm.-Höchst	27	48	33	12	21	45	41	16	24	45	32
Ffm.-Ost	20	42	41	14	24	53	42	16	24	51	31
Frankenberg	53	75	63	35	50	79	76	37	49	79	54
Fulda	30	49	40	21	29	51	41	19	28	48	35
Fürth/Odenwald	56	87	78	36	50	85	83	41	54	88	68
Gießen	21	38	29	12	21	43	69	11	18	42	26
Grebenau	43	66	56	28	41	70	63	29	41	77	52
Hanau	25	46	38	16	27	53	48	20	29	55	37
Kassel-Nord	32	49	42	24	35	53	43	23	36	53	34
Königstein	52	77	62	31	49	79	72	35	45	79	54
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	40	49	32
Limburg	-	-	45	23	32	54	46	22	31	49	36
Linden	31	52	51	29	34	54	50	26	35	52	40
Marburg	28	50	39	16	28	55	48	17	30	53	24
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	56	26	36	55	43
Nidda	39	68	58	21	34	65	62	22	32	66	47
Offenbach	22	44	39	16	20	51	47	13	21	50	32
Raunheim	23	42	36	16	29	53	46	20	30	53	38
Riedstadt	30	59	52	19	31	57	50	21	36	62	46
Spessart	52	82	70	34	45	82	75	42	54	92	72
Viernheim	26	56	46	15	25	58	56	20	27	56	41
Wetzlar	22	41	36	19	21	41	37	14	22	40	29
Wiesbaden-Süd	23	52	46	18	28	54	51	20	27	53	38
Witzenhausen	55	81	75	41	53	86	85	42	53	90	66

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	3	4	3	3	3
Bebra	7	3	3	5	5	4	3	5	4	3	3
Borken	6	3	3	5	5	4	3	4	4	3	3
Darmstadt	11	4	3	7	7	4	3	7	7	3	3
Dillenburg	7	4	4	5	6	4	3	4	4	3	3
Ffm.-Höchst	12	5	5	10	9	5	5	8	7	4	4
Ffm.-Ost	16	5	5	12	10	4	4	8	7	3	3
Frankenberg	4	3	3	4	4	3	3	3	3	3	3
Fulda	9	4	4	5	5	3	3	5	5	3	3
Fürth/Odenwald	7	3	3	5	5	3	4	5	5	3	3
Gießen	8	3	3	6	5	4	4	6	5	3	3
Grebenau	5	3	3	4	3	3	3	3	3	3	3
Hanau	15	5	5	12	12	4	4	9	9	4	3
Kassel-Nord	9	4	4	7	6	4	4	5	4	3	3
Königstein	6	3	3	5	4	3	3	4	3	3	3
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	5	3	3
Limburg	-	-	3	5	5	3	3	4	5	3	3
Linden	7	3	3	7	5	3	3	4	4	3	3
Marburg	10	4	3	7	7	3	3	5	5	3	3
Michelstadt	-	-	-	-	-	3	3	7	6	3	3
Nidda	6	3	3	5	5	3	3	5	5	3	3
Offenbach	11	4	4	7	9	4	4	7	8	4	3
Raunheim	13	4	4	7	12	6	4	8	7	3	3
Riedstadt	8	4	3	6	5	3	3	5	5	3	3
Spessart	8	3	3	5	5	3	3	4	3	3	3
Viernheim	14	5	5	10	10	5	4	8	9	4	3
Wetzlar	7	3	3	5	5	3	3	4	4	3	3
Wiesbaden-Süd	12	5	5	9	9	5	4	8	8	4	3
Witzenhausen	5	4	3	4	3	4	3	4	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Darmstadt	0,8	0,5	0,5	0,7	0,8	0,4	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3
Darmstadt-Hügelstraße	2,1	1,8	1,5	1,4	1,4	1,8	1,8	1,5	1,3	1,4	1,5
Ffm.-Friedb. Landstraße	2,2	1,7	1,7	1,8	1,7	1,6	1,8	1,3	1,0	1,1	1,0
Ffm.-Höchst	0,9	0,5	0,5	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4
Fulda	0,8	0,5	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4
Gießen	1,1	0,6	0,6	0,9	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,5
Hanau	0,9	0,5	0,6	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8	0,8	0,7	0,5
Kassel-Fünfensterstr.	-	-	-	-	-	-	1,3	1,5	1,3	1,0	1,1
Kassel-Nord	0,8	0,6	0,5	0,7	0,7	0,5	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4
Limburg	-	-	0,4	0,7	0,6	0,4	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4
Linden	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,2
Offenbach	0,8	0,6	0,6	0,7	0,7	0,4	0,5	0,7	0,6	0,5	0,5
Raunheim	1,0	0,4	0,4	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4
Viernheim	0,8	0,4	0,3	0,6	0,6	0,3	0,3	0,5	0,5	0,3	0,3
Wetzlar	1,0	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4
Wiesbaden-Ringkirche	2,4	1,5	1,7	2,2	2,1	1,4	1,6	2,0	1,7	1,3	1,4
Wiesbaden-Süd	0,9	0,5	0,5	0,8	0,7	0,5	0,5	0,7	0,6	0,5	0,4

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Ffm.-Höchst	172	72	72	93	93	57	57	107	113	67	40
Ffm.-Ost	115	64	72	93	93	57	79	86	73	40	40
Kassel-Nord	100	79	86	93	86	64	57	57	47	113	53
Riedstadt	50	29	36	43	50	29	29	57	47	27	27

Noch: 3. Luftbelastung nach Messstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$; ab 1. Quartal 2000 $\text{PM } 10^0$ in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Messstelle	Quartalsmittel 1998				Quartalsmittel 1999				Quartalsmittel 2000		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bad Arolsen	-	-	-	-	-	-	26	19	14	15	15
Bebra	30	28	27	26	27	26	28	23	14	18	17
Borken	28	26	26	22	23	21	27	21	14	15	15
Darmstadt	34	28	30	26	29	28	29	26	18	18	18
Darmstadt-Hügelstraße	-	-	-	-	-	-	-	-	27	25	25
Dillenburg	36	29	31	29	29	27	28	27	-	20	21
Ffm.-Höchst	41	30	30	31	32	29	28	27	20	19	19
Ffm.-Ost	48	31	30	35	38	38	36	37	25	24	23
Fulda	36	31	32	28	31	32	33	24	-	17	16
Gießen	39	31	33	32	34	32	32	28	17	19	25
Hanau	37	28	30	32	33	28	25	26	17	17	18
Kassel-Fünffensterstr.	-	-	-	-	-	-	-	-	23	25	24
Kassel-Nord	37	36	32	29	29	32	30	29	18	20	20
Lampertheim	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
Limburg	-	-	30	27	27	27	28	24	17	17	17
Marburg	32	30	28	29	30	34	31	26	17	20	17
Michelstadt	-	-	-	-	-	-	23	21	14	14	14
Nidda	32	26	25	23	23	23	24	20	15	14	14
Offenbach	41	31	30	32	33	30	37	44	-	31	34
Raunheim	39	28	31	29	28	28	28	27	20	19	18
Riedstadt	34	27	29	25	26	27	30	23	18	18	19
Viernheim	36	25	27	27	29	27	26	25	-	16	16
Wetzlar	36	29	30	32	35	32	33	31	21	22	21
Wiesbaden-Ringkirche	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
Wiesbaden-Süd	39	30	32	33	35	31	32	29	20	18	16

1) $\text{PM } 10$: Partikel mit $d < 10 \mu\text{m}$

Im Zuge der gesamteuropäischen Bestrebungen zur Überwachung der Luftqualität wurde am 29.06.1999 die neue EU-Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffoxide, Partikel und Blei veröffentlicht. Die Richtlinie macht eine Umstellung der bisherigen Gesamtstaubmessung auf die Fraktion der Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $< 10 \mu\text{m}$ ("PM10": particulate matter $< 10 \mu\text{m}$) erforderlich (spätestens bis 19.7.2001). Die Begründung für die künftige Konzentration auf diesen Teilbereich der Partikel liegt in dem deutlich größeren Schädigungspotenzial der lungengängigen Feinstäube. Mit Beginn des Monats Januar 2000 wurde mit der Umstellung der Staubbmessgeräte von Gesamtstaub auf PM10 begonnen. Da für diese Komponente eine neue Messreihe beginnt, sind bis auf Weiteres keine Langzeitwerte vorhanden. Vergleichsmessungen von PM10 zu Gesamtstaub haben ergeben, dass der Anteil von PM10 im Gesamtstaub in der Regel 70—80% beträgt. Weiterhin schreibt die Richtlinie im Falle der gasförmigen Komponenten (SO_2 , NO_2/NO) vor, das Volumen der Konzentrationsangabe ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) auf eine Normtemperatur von 20°C zu beziehen. Ab Januar 2000 werden somit die Konzentrationen für SO_2 , NO und NO_2 nicht mehr wie bisher auf 0°C , sondern auf 20°C bezogen angegeben. Hierdurch werden die berichteten Werte dieser Komponenten um ca. 7 % niedriger ausfallen als bisher.

Umsatzsteuer

Von W. Jakob, 2., völlig überarbeitete Auflage (Stand: 1998) sowie ein Nachtrag (Stand: 1.2.2000), aus der Reihe „Studium und Praxis“, kartoniert, 42,00 DM, C. H. Beck, München, 1998.

„Das Umsatzsteuerrecht erscheint dem Außenstehenden einfach gestrickt. Wer sich aber näher mit ihm einlässt, dem tut es sich rasch als ein Gebirge auf, das es denn auch ist.“ W. Jakob erweist sich da als umsichtiger und kundiger „Bergführer“, der dem Leser dieses „Gebirge“ auf einem sehr interessanten Weg — und dazu sprachlich kompetent — erschließt. Typisch für seinen Zugang ist das Wechselspiel zwischen systematischer Fundierung und anwendungsorientierten Fallbeispielen: Die klare theoretische Grundlegung, die Zusammenhänge herausarbeitet und Konturen — aber auch Brüche — des Umsatzsteuerrechts sichtbar werden lässt, sorgt angesichts der Vielfalt der zu bewältigenden Einzelaspekte für die notwendige Orientierung. Die stets instruktiven Praxisbeispiele tragen wesentlich zur Durchdringung des Stoffes bei. Es entspricht dieser Konzeption, dass das Buch in die beiden Teile „Grundlagen“ und „Schwerpunkte“ aufgeteilt ist. So erhält der Leser im ersten Teil im Bilde gesprochen eine Karte an die Hand, mit deren Hilfe das Terrain abgesteckt wird und Umriss und Strukturen deutlich werden. Dazu gehören Fragen nach der Stellung der Umsatzsteuer im Steuersystem, eine allgemeine Charakterisierung sowie ein kurzer Überblick über die wichtigsten Sachverhalte. Der zweite Teil vertieft, durchdringt und ergänzt die vorher angeschnittenen Komplexe. Hier geht es zunächst um den umsatzsteuerlichen Unternehmerbegriff, dann den Leistungstatbestand des Umsatzsteuerrechts und den immer wichtiger werdenden grenzüberschreitenden Lieferungs- und Leistungsverkehr. Es folgen kürzere Kapitel über die vorgesehenen Steuerbefreiungen, den Eigenverbrauch sowie über die Bedeutung von Rechnung und Steuerausweis. Letzteres führt hin zur ganz wesentlichen Thematik des Vorsteuerabzuges. Abgerundet wird das Buch durch drei kürzere Abhandlungen zu den Themen „Gesellschaft und Gesellschafter im Umsatzsteuerrecht“, „Umsatzsteuer und Einkommensteuer“ und schließlich einem Kapitel über das Besteuerungsverfahren. Dem Werk sind ein ausführliches Inhaltsverzeichnis und ein umfassendes Register beigegeben, das anhand von Randziffern präzise auf die einzelnen Stichworte verweist. Ein kostenloser gehetzter Nachtrag informiert über Steuerrechtsänderungen mit Stand 1. Januar 2000. 6978

Öffentliches Finanzwesen, Finanzverfassung

Eine systematische Darstellung. Von H.-G. Henneke, 2., völlig neu bearbeitete Auflage, aus der Reihe „Jurathek Praxis“, XXIX Seiten, kartoniert, 68,00 DM, C. F. Müller Verlag, Heidelberg, 2000.

Spätestens seit dem Streit um den Länderfinanzausgleich rücken Fragen des bundesdeutschen Finanzwesens zunehmend in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Dabei sind die hier zu Tage getretenen Verwerfungen nur die Spitze eines Eisberges, dessen Fundament in der grundgesetzlichen Finanzverfassung und seinen Interpretationen durch Bundes- und Landesgesetze liegen. Das vorliegende Buch greift nicht bloß aktuelle Themen heraus, sondern erläutert systematisch und auf hohem Niveau das Gesamtsystem der Finanzverfassung und seiner legalen Ausgestaltung. Durch die Einbettung von Einzelfragen in den größeren sachlichen (und historischen) Rahmen werden diese erst einem tieferen Verständnis zugänglich gemacht. Der Autor beschränkt sich dabei nicht auf eine Darstellung der Fakten, sondern diskutiert lebendig und kenntnis-

reich unterschiedliche Interpretationen, um anschließend engagiert Position zu beziehen. Urteile der Verfassungsgerichte werden nicht nur zitiert, sondern eingehend erläutert, kommentiert und gewertet. Sogar der Verfassungsgeber selbst wird durchaus kritisch hinterfragt. So verwundert es nicht, dass am Ende des Buches in groben Zügen eine Verfassungsreform vorgeschlagen wird, deren Zielsetzung in einer stärkeren Gewichtung des Konnexitätsprinzips und in diesem Zusammenhang einer größeren steuergesetzlichen Kompetenz der Länder unter Berücksichtigung der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen ist. Im Einzelnen gliedert sich das Buch in sieben Teile, die durch zahlreiche Abschnitte und Unterabschnitte strukturiert sind: Während der erste Teil den verfassungsrechtlichen Rahmen absteckt, behandeln die weiteren Teile konkrete Themen: Aufgabenverteilung (Teil 2), Ausgabenverantwortung (Teil 3) und Lastenverteilung (Teil 4) im Bundesstaat, öffentliche Einnahmen, Abgabenverteilung im Bundesstaat (Teil 5) mit ausführlicher Darstellung der Verteilung der Gesetzgebungs-, Ertrags- und Verwaltungskompetenzen. Der sechste Teil beschäftigt sich eingehend mit der kommunalen Finanzausstattung, wobei ausgehend von der grundgesetzlichen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung auch die unterschiedlichen Ausformungen in den einzelnen Länderverfassungen und die ländergesetzlichen Regelungen des kommunalen Finanzausgleichs diskutiert werden. Auf die vom Autor vorgeschlagene Reform der Aufgaben- und Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen (Teil 7) wurde bereits verwiesen. Insgesamt kein Buch zum Querlesen, sondern eine für den Interessierten packende und engagierte Darstellung der schwierigen Materie bundesdeutscher Finanzbeziehungen. 6991

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundeshaushaltsrecht

Erläuterungen zu den Artikeln 109 bis 115 des Grundgesetzes und zur Bundeshaushaltsordnung unter Berücksichtigung des Haushaltsgrundsatzgesetzes und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer. Kommentar von Dr. E. A. Piduch, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 36. Erg.-Lfg vom Juli 1999, 1700 Seiten, in 3 Plastikordnern) 312,00 DM; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1999. 4519/25

Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung

Von Dr. Helmut Linhart, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 11. Erg.-Lfg. vom Dezember 1999, 1012 Seiten, in Plastikordner) 118,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999. 6045/7

Das Versorgungsrecht für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Kommentar. Von J. Berger und Dr. K.-H. Kiefer, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 60. Erg.-Lfg. vom Januar 2000, 2706 Seiten, in 2 Ordnern) 248,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2000. 3187/29

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Ergänzbarer Kommentar nebst einschlägigen Rechtsvorschriften. Von Dr. H. J. Schaffand und N. Wiltfang, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom Januar 2000, 2074 Seiten, in Spezialordner) 168,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 2000. 5330/35

BUCHBESPRECHUNGEN

Die erfolgreiche Steuerung öffentlicher Verwaltungen

Von der Reform zur kontinuierlichen Verbesserung. Herausgegeben von A. Töpfer, 1. Auflage, X und 388 Seiten, gebunden, 98,00 DM, Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 2000.

Die aktuelle Mittelknappheit gab den Anstoß dazu, dass sich fast alle Verwaltungsbereiche damit befassen, ein effizientes Managementinstrumentarium einzuführen. Dies trifft zusammen mit der Erwartung der Bürger auf ein kundenorientiertes Verhalten der öffentlichen Verwaltung sowie mit geänderten Anforderungen der Mitarbeiter an ihre Arbeitsumwelt, wie Einbeziehung in Entscheidungen und verstärkte Delegation von Verantwortung. Das vorliegende Buch will sowohl die theoretischen Grundlagen für die Einführung moderner Steuerungsinstrumente und die kontinuierliche Verbesserung der Verwaltungsleistung bieten als auch praktische Erfahrungen erfolgreicher „Reformer“ näher bringen. Das Themenspektrum geht von der Privatisierung von bisherigen Verwaltungsaufgaben über Verschlankung des Staates bis zum Total Quality Management. Die Praxisbeispiele kommen aus den Städten Arnshausen, Coesfeld, Hamburg, Leipzig, Mannheim, Passau, Pforzheim und Saarbrücken sowie aus den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Die dort aufgetretenen Umsetzungsprobleme werden ebenso angesprochen wie die erarbeiteten konkreten Lösungsvorschläge. — Der Herausgeber leitet den Lehrstuhl „Marktorientierte Unternehmensführung“ an der TU Dresden. Die Autoren kommen aus der Verwaltungspraxis und führen dort in verantwortlicher Position Reformprojekte durch. Ihr Buch richtet sich vor allem an Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung. 6994

Taschenbuch „Wirtschaftspresse“ 2000/2001

Herausgegeben von Aventis (Corporate Communications), bearbeitet von J. M. Kroll, aus der Reihe „Kroll Presse-Taschenbücher“, 800 Seiten, Plastikeinband, 48,00 DM, Kroll-Verlag, Seefeld/Obb., 2000.

In handlichem Taschenformat vermittelt die Neuauflage des seit nunmehr 39 Jahren erscheinenden Taschenbuchs rund 16 300 Personenkontakte zu Wirtschaftsjournalisten, zu Wirtschaftsredaktionen von Fachzeitschriften, Tagespresse, Funk und Fernsehen oder zu Pressestellen von Industrie und Verbänden. Hier findet der Leser das, was er täglich an Namen, Adressen und Verbindungen benötigt: rund 2000 deutsche Wirtschaftsjournalisten, deutsche Wirtschaftskorrespondenten im Ausland, 1500 Fachzeitschriften (mit Verlagen und Redakteuren), Wirtschafts- und Finanzmagazine, die Tages-, Wochen- und Publikumspreise mit den Service- und Wirtschaftsredakteuren sowie die für Verbraucherthemen zuständigen Ansprechpartner bei Funk und Fernsehen, 1500 Pressestellen von Industrie, Handel und Finanzwesen (einschl. Industrie- und Handelskammern), von Universitäten, Hochschulen und Behörden sowie über 1400 Verbände und Spitzengremien der Wirtschaft (mit den Vorsitzenden, Geschäftsführern und Pressereferenten). Die Neuauflage des Taschenbuchs bietet außerdem viele Internet-Homepage und E-Mail-Adressen der Redaktionen und Pressestellen sowie rund 2000 Auslandskontakte zu den wichtigsten Wirtschaftspublikationen, Tagespresse-Redaktionen, Funk- und TV-Stationen, deutsch-ausländischen Industrie- und Handelskammern und den Wirtschaftsministerien in 65 Ländern weltweit. 6992

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM DEZEMBER 2000

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen)

☐ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar

Statistische Berichte

Die Krankenhäuser in Hessen am 31. Dezember 1999; (A IV 2 - j/99); (K)	8,00 DM
☐, Excel	8,00 DM
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. März 1999 nach ihrer Pendlereigenschaft; (A VI 12 - vj 1/99); (K)	8,00 DM
☐, Excel	8,00 DM
Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2000/2001 (Vorläufige Ergebnisse); (B III 1 / S - WS 2000/01)	6,00 DM
Schlachtungen in Hessen im Oktober 2000; (C III 2 - m 10/00)	5,00 DM
Weinbestände in Hessen im Jahr 2000; (C IV 5 - j/00)	5,00 DM
Die Bodennutzung in Hessen 2000 (Korrekturbericht); (C I 1 - j/00); (K)	6,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im September 2000; (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) (E II 2 - m 9/00); (K)	6,00 DM
☐, Excel	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 2000; (E I 1 - m 9/00); (K)	8,00 DM
Totalerhebung im hessischen Bauhauptgewerbe vom Juni 2000; (E II 2 - j/00); (K)	8,00 DM
☐, Excel	8,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Oktober 2000; (E I 1 - m 10/00); (K)	8,00 DM
Indizes des Auftrageingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Oktober 2000; (E I 3 - m 10/00)	8,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Oktober 2000 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 10/00); (K)	6,00 DM
☐, Excel	6,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im September 2000 (Mit Kreisergebnissen für das 3. Vierteljahr 2000); (F II 1 - m 9/00)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Oktober 2000; (F II 1 - m 10/00)	5,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im September 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 9/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im September 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 9/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im September 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 9/00)	5,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im September 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV - m 9/00); (G)	10,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im September 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 9/00); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Oktober 2000; (H I 1 - m 10/00); (K)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im September 2000; (H II 1 - m 9/00); (H)	6,00 DM
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern mit amtlichen Kennzeichen in Hessen am 1. Juli 2000; (H I 2 - hj 2/00); (K)	6,00 DM
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 3. Vierteljahr 2000; (H I 4 - vj 3/00)	5,00 DM
Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 1999: Ausgaben und Einnahmen; (K I 8 - j/99); (K)	6,00 DM
☐/●, Excel/Word	6,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im November 2000; (M I 2 - m 11/00)	10,00 DM
Beiträge zur Statistik Hessens	
Nr. 352 — Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1999 (Gemeinschaftsveröffentlichung der FEH Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH und des Hessischen Statistischen Landesamtes)	12,00 DM
Sonstige Veröffentlichungen	
Hessische Gemeindestatistik 2000 (Ausgewählte Strukturdaten aus Bevölkerung u. Wirtschaft '99); 21. Ausgabe	24,00 DM
☐, Excel	24,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden